

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 22. September 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 110.

Ein Schulbeispiel.

Jahraus jahrein haben wir in der Redaktion die Erfahrung machen müssen, daß man in den Berichten an den „Korr.“ glaubt jede Objektivität als unnützen Ballast über Bord werfen zu müssen, wenn es sich um die Kritik von Geschäftsverhältnissen handelt. Meist wissen die Verfasser solcher Artikel aus eigener Wahrnehmung absolut nichts zu sagen, sondern irgend ein entlassener Gehilfe „unterbreitet“ dem Schriftführer das „wahrheitsgetreue“ Material. Zahllose Berichtigungen und gerichtliche Klagen sind dann das Ende vom Liede. Wir geben uns zwar Mühe, diesen Fußangeln aus dem Wege zu gehen, aber bei den vorhandenen Kräften in der Redaktion und bei dem großen Apparate, der bei über 1000 Ortsvereinen in Frage kommt, ist es eben nicht möglich, mit der nötigen Sorgfalt verfahren zu können. Kommen aber die offiziellen Berichte großer Ortsvereine in Betracht, da dürfen wir es schon gar nicht wagen, aus den Berichten etwas zu streichen, was gegen irgend einen Prinzipal gerichtet ist, weil wir ja ohnehin im Geruche stehen, mit der Prinzipalität zu teufeln. Dieser Zustand wird bedingt durch die Auffassung, daß der „Korr.“ verpflichtet sei, alle Kritik, alle Einsendungen aufzunehmen, die von Ortsvereinen irgendwie beliebt werden. Außerdem hat ja jeder Kollege das „Recht“, im „Korr.“ zu schreiben, was er will. Die Redaktion sucht man fortgesetzt aus ihrer führenden Stellung zu drängen und zu einem Automaten zu degradieren. Aus diesen Verhältnissen heraus resultiert, daß ein kolossaler Ballast im „Korr.“ mitgeführt werden muß, der zu allem andern, nur nicht dazu angetan ist, erzieherisch, bildend und belehrend zu wirken. Ein Blick auf den Korrespondenzenteil erweist dies in jeder Nummer. Das ist der Fluch einer Demokratie, wie sie nicht sein soll.

Im besondern aber sind es die Kritiken in den Korrespondenzen, welche oft über jedes Maß und Ziel hinausschießen. Gewiß ist der „Korr.“ dazu da, an jenen Prinzipalen Kritik zu üben, welche entweder durch ihr tarif- oder organisationsfeindliches Verhalten dazu Anlaß geben oder über eingegangene tarifliche Verpflichtungen sich hinwegsetzen. Hier hat in letzter Instanz die öffentliche Kritik ein Wort mitzusprechen. Aber doch immer nur von dem Gesichtspunkt aus, damit der Gehilfenschaft nützen zu können.

Aber weder von diesem Gedanken noch vom Rechtfertigungsstandpunkt aus ist z. B. in einer Stettiner Korrespondenz in Nr. 104 des „Korr.“ die Kritik gegenüber der Firma M. Bauchwitz erfolgt. Da ist so ziemlich alles anders dargestellt, als es den Tatsachen entspricht. Solche Berichte müssen bei unsren Tarifkontrahenten, und zwar nicht bloß bei den von einer ungerechten Kritik Betroffenen, verbitternd wirken und das Vertrauen in die Objektivität und Gerechtigkeitsliebe der organisierten Gehilfenschaft erschüttern. Ganz abgesehen davon, daß man zum Ausstrage der Sache die dafür eingesehten Instanzen gar nicht in Anspruch genommen hatte. In der in Rede stehenden Angelegenheit erhielten wir zwei Zuschriften. Die eine stammt von Herrn S. Bauchwitz selbst, der über den ihn betreffenden Versammlungsbericht aus Stettin in Nr. 104 u. a. uns schreibt:

Es wird da gesagt: „... man sucht durch allerhand kleine Nadelstiche den Kollegen die Lust zum Arbeiten nach Möglichkeit zu verleben. Nicht die kleinste außer-tarifliche Vergünstigung gesteht man den Kollegen zu, und dabei werden Ansprüche an die Arbeitskraft der einzelnen gestellt, wie sie zum Glück anderwärts noch nicht üblich sind.“ Darauf habe ich folgendes zu sagen: Eine Klage nach dieser Richtung ist mir in den fast 25 Jahren meiner Selbständigkeit als Buchdruckereibesitzer bis heute nicht zu Ohren gekommen. Meine Abteilungsleiter sind angewiesen, das Personal mit höflichem Takt zu behandeln. Dem letztem ist angekündigt, daß ich im Falle einer Differenz immer zu haben bin, und der Vertrauensmann der Gehilfen ist in den seltensten Fällen, wo er es nötig zu haben glaubte, bei mir vorstellig zu werden, noch immer zufriedengestellt worden. Allerdings, der Tarif ist mein Gesetz, und grobe Übergriffe einzelner Gehilfen nach dieser Richtung hin habe ich noch immer geahndet, davon wird mich der Berichtschreiber auch für die Folge nicht abhalten. Ich habe nämlich die Erfahrung gemacht, daß kein Gehilfe auch nur ein Fota sich von seinem tariflichen Rechte rauben läßt. Wie ich ihm dies ohne weiteres als sein gutes Recht zugesteh, so nehme ich andererseits für mich daselbe in Anspruch. Nicht mehr und nicht weniger. Tüchtige Gehilfen wurden von mir noch immer durch Lohnerhöhungen und andre Vergünstigungen ausgezeichnet, und mein Lohnbuch weist nach, daß zwei Drittel meines Personals über und zum Teil weit über das tarifliche Minimum entlohnt wird.

Nun wird in dem Berichte weiter gesagt: „In der Segerei jetzt wieder die Verrechnung eines Wertes zu verschiedenen Differenzen usw.“ Wie verhält es sich damit? Es handelt sich um ein umfangreiches Werk, an dem zehn Seher arbeiten, von denen jeder 50—60 Mrk. in der Woche verdient. Die Verrechnung geschieht nach Kolumnen. Der Abteilungsleiter, ein Verbandsmitglied, behauptet, laut Anordnung der Geschäftsleitung mit den Gehilfen vereinbart zu haben, daß eine Kolumne, die zwei Drittel Tabelle und ein Drittel glatten Satz enthält, entsprechend entlohnt wird, die Gehilfen bestreiten die Vereinbarung und verlangen in solchen Fälle die ganze Kolumne als Tabelle bezahlt. Leider ist seitens der Geschäftsleitung die Note 94 zum § 39 des Tarifs nicht beachtet worden, wonach Vereinbarungen tariflicher Art schriftlich abzuschließen sind. Wäre dies geschehen, dann konnte eine derartige Differenz, die übrigens inzwischen beigelegt wurde, nicht vorkommen. Nun wird weiter gesagt: „Aber schlimmer als in der Segerei sind die Verhältnisse im Maschinenjaale. Wohl annähernd 25 Kollegen haben im letzten Jahre dort eine Gastrolle gegeben. ... Auch in der letzten Woche kam es wieder zu recht unruhigen Auseinandersetzungen, so daß an einem Tage gleich drei Kollegen aufhörten.“ Zunächst bestreite ich die Richtigkeit der angegebenen Zahl. Wichtig ist, daß im letzten Jahre mehrfach ein Wechsel im Maschinenjaale stattfand. In erster Linie geschah dies durch die Aufstellung von Spezialmaschinen, für die nicht genügenden vorgebildete Maschinenmeister vorhanden sind, dann aber auch durch unmögliche Leistungen einzelner Bewerber, die durch Injertat und Schrikt alles mögliche zu leisten versprochen, in der Praxis häufig die elementarsten Grundkenntnisse eines Maschinenmeisters vernichten ließen. Diese Erfahrung habe ich nicht nur gemacht, es ist dies eine allgemeine Klage der Kollegen meines Kreises, für welche ich zahlreiche Belege habe. Auch der mehr als reichliche Alkoholgenuß führte leider zuweilen die Entlassung herbei. Ober ist es mir zumuteten, ange-trunkenen Maschinenmeistern mein teures Material zu überantworten, wo der Druck sauberer Arbeiten zu überlassen? Und der reichliche Alkoholgenuß war auch der Grund der neulich seitens des Obermaschinenmeisters — eines Verbandsmitglieds — entlassenen Maschinenmeister, von denen zwei, nachdem sie im nüchternen Zustand ihre Tat bereuten, ohne weiteres wieder eingestellt wurden, während der Dritte, der Nadelstichführer, der noch vor seinem übrigen freiwilligen Austritte den Ungehepparat seiner Maschine verschraubt und für Tage darauf unbrauchbar gemacht, noch heute stellunglos ist.

Und nun kommen diese Herren in die Versammlung, stellen die Sachlage von ihrem einseitigen Standpunkt aus dar und führen das große Wort! Die Vereinsfunktionäre, die sich vorher von beiden Seiten pflichtschuldigst informiert, sich ein objektives Urteil gebildet und dies

zum Ausdruck bringen wollen, werden niedergedrückt; sie sind „von den Prinzipalen gekauft“, sind „Verräter“ und das Ende vom Liede, zwei ehrenwerte Männer müssen den Schreien weichen, sie legen ihre Ämter nieder.

Gewiß, ähnliches ist auch andern verdienten Gehilfenführern schon passiert, aber sie haben sich glücklicherweise der Schreier noch immer erwehren können. Wehe, wenn diese wie hier eine ganze Versammlung terrorisieren.

Aber noch eins darf nicht unerwähnt bleiben! Unfre Tarifgemeinschaft baut sich theoretisch auf unbedingter Parität auf. Wie sieht es damit in der Praxis aus? Den Gehilfen ist es gestattet, in öffentlichen Versammlungen über angelegene Firmen, wie auch neulich in Sorau, die ungläublichsten Dinge zu verbreiten; es finden sich Artikelschreiber, die diese fragwürdigen und einseitigen Behauptungen niederzuschreiben und das Gehilfenorgan druckt diese Dinge ohne Untersuchung und über die Köpfe ihrer eigenen Würdenträger hinweg behufs Brandmarkung der betreffenden Firmen ab. Wollten die Prinzipale den Speiß undrehen und die vorher gefengeten Elemente aus dem Gehilfenkreise in ihrem Organ zu Flug und Frommen der Prinzipalschaft namentlich aufzuführen, ich glaube, man würde gegen einen solchen „Boykott“ mit allem Aufwand von Tinte und Lunge herziehen, und es wäre doch nur — Parität! Oder läuft es nicht auf einen Boykott hinaus, wenn in dem ominösen Artikel gesagt wird: „Viele Kollegen, die von auswärts kommen, ohne sich zu erkundigen, mußten wieder ihr Bündel schnüren usw.“ Heißt das nicht klar und deutlich, wir raten ab, in diese „tarifreue“ Firma in Kondition zu treten? Wo bleiben die tariflichen Instanzen, die allein berechtigt sind, ein entsprechendes Urteil zu fällen?

Soweit Herr Bauchwitz, aus dessen Ausführungen wir verschiedenes gefricken haben — im Interesse unsrer Kollegen.

In der gleichen Angelegenheit erhalten wir vom Gauvorsteher Kirchner in Stettin ebenfalls ein Schriftstück, das im Auszuge lautet:

Es wäre besser gewesen, wenn der Stettiner Versammlungsbericht lieber nicht geschrieben worden wäre als so unobjektiv. Ich meine, wenn ein Streit beigelegt ist, dann braucht man hinterher nicht mehr mit dem Streitgegenstand in die Öffentlichkeit zu gehen. Die Angelegenheit der berechnenden Seher ist darauf zurückzuführen, daß sie sich von vornherein selbst nicht klar waren, um was es sich eigentlich handelt. Bei der Berechnung des fraglichen Wertes sind Vereinbarungen auf tariflicher Grundlage getroffen worden. Leider wußten aber die Gehilfen nicht, was sie eigentlich vereinbart hatten. Als sie das erstemal bei mir vor sprachen, stellten sie die Sache so dar, als ob ihnen die Firma den „Spek“ entziehen wollte. Ich erklärte, daß dies nicht angängig, und habe sofort diesbezüglich mit dem Inhaber der Druckerei Rücksprache genommen im Beisein des Vertrauensmanns. Da stellte sich nun heraus, daß das Wert einstweilen in Fahnen gesetzt wird, und daß dann, nachdem der Autor die einzelnen Teile nach Nummern zusammengestellt hat, das Wert nach dieser Zusammenstellung umbrochen und nach den Vereinbarungen berechnet wird. Bis zu diesem Zeitpunkt erhalten die Gehilfen alle Wochen eine Abschlagszahlung, welche sie unter sich teilen. Die Gehilfen behaupten, daß ganze glatte Satzspalten, Registerseiten und ganze und halbe Tabellenkolumnen vereinbart wurden, die Firma resp. Faktor ihnen noch zwei Drittel Kolumnenpreise zuschieben will. Es handelte sich also um einen Streit über die getroffenen Umänderungen und nicht um einen Verstoß gegen die tariflichen Bestimmungen. Dieser Streit wurde leider in die Versammlung hineingetragen; dazu kam noch ein Streit im Maschinenjaale zwischen einem jungen Gehilfen (Drucker) und dem Obermaschinenmeister, der sich wie folgt verhielt: Der junge Kollege hatte seine Schuldbüchle nicht getan (an einer Sechstel-Rechnung vier Stunden zugerichtet, was er auch eingestand). Vom Obermaschinenmeister darüber zur Rede gestellt, gab ein Wort das andre, der junge Kollege leistete der wiederholten Aufforderung des „Ober“, den Saal zu verlassen, keine Folge, und schließlich endigte der Streit damit, daß bei dem Versuche des „Ober“, den Kollegen gewaltsam zu entfernen, dieser in den Papierkorb flog. Dieser Streit wurde ebenfalls insofern geschlichtet, als dieser Kollege sowohl wie ein anderer, der sich ins Mittel gelegt hatte und darum den sofortigen

„Sach“ erhielt (dieser stand in Kündigung), wieder eingestellt wurden. Auch diese Sache war beinahe geschlichtet, wurde aber in der Versammlung nochmals durchgekauft, und selbstverständlich meldeten sich nun auch diejenigen zum Worte, die bei der Firma Bauachwitz schon einmal konditioniert und teilweise auf für sie selbst wenig rühmliche Art entlassen werden mußten. In dieser Versammlung wurde das unsmünnigste Zeug zurecht geredet und Beschüsse gefaßt, die nicht inkonsequenter sein konnten. Ich habe die Kollegen auf ihre Handlungen aufmerksam gemacht, darauf hingewiesen, daß wenn ein Streit beigelegt ist, es nicht mehr nötig ist, über denselben eine Debatte herbeizuführen. Jedenfalls müßte aber objektiv und sachlich kritisiert werden. Das half nichts, der Alkohol hatte nun auch bereits seine Wirkung getan. Es wurde den Funktionären vorgeworfen, sie „schmierien mit den Krautern hinten herum“, „der Gavorrat stand steck mit den Krautern unter einer Decke“ und andre Liebenswürdigkeiten mehr. Da nun vom Vorstandsstiche diese Verdächtigungen nicht zurückgewiesen wurden, so erklärte ich: „Da ich annehme, daß ich mich nicht mehr mit den Mitgliedern in überinsinuation befinde und deshalb meine Ämter mit dem 1. Oktober niederlege. Die Verdächtigungen weise ich zurück.“ Was nun die Firma Bauachwitz anbelangt, so ist das Arbeiten dort nicht schlechter als in andren großen Druckereien hierorts. Tarifliche Einwendungen sind nicht zu erheben. Der Wechsel im Maschinenjaal ist auf teilweise Unfähigkeit, teilweise auch auf den Alkohol zurückzuführen, teilweise ist auch das Nüchtern des Faktors schuld gewesen. Wenn aber behauptet wird, daß das Arbeiten bei der Firma ein schändliches ist, so ist das eine starke Behauptung, die sich nicht beweisen läßt. Denn es stehen dort außer dem Faktor und einem ersten Seher nur Mitglieder, teilweise jahrelang. Die Sache ist die, die verschiedensten Kollegen erlauben sich hier wie anderswärts allerhand Dinge im Geschäft, die gegen die Ordnung verstoßen, wollen aber, wenn sie erwischt werden, die Konsequenzen nicht tragen, und dann „schlechte, unerträgliche Verhältnisse“, „Allgemeinheit hilf du!“

Was ist nun der Effekt des Ganzen? Die Firma stellt sich ebenso strift auf den Boden des Tarifs, wie es die Gehilfen tun. Will man das nicht oder nur einseitig, und zwar zugunsten der Gehilfen, dann hört eben das tarifliche Recht auf, Recht zu sein. Will man die tarifliche Gesetzmäßigkeit nicht, dann weg mit der Tarifgemeinschaft. Man spricht in der Stettiner Korrespondenz von den Verfehlungen der Firma, warum aber nicht von den Verfehlungen der Gehilfen, verschiebt somit absichtlich den Tatbestand und setzt sich damit ins Unrecht. In Sachen des strittigen Wertes ist die Firma im Recht, im offiziellen Versammlungsberichte des Ortsvereins Stettin lesen wir das Gegenteil. Wohin soll eine derartige öffentliche ungerechte Kritik führen? Zu gegenseitigem Mißtrauen und zur Zerschlagung der Tarifarbeit sowie zu Paal und Streit und Uneinigkeit unter der Gehilfenschaft. Gedient ist also auf diese Weise in letzter Instanz nur dem Arbeitgeberverband und dem Gutenberghund. Und das nennt man dann Verhandlungsarbeit! Wir möchten dringend bitten, den Stettiner Fall in der Kollegenschaft recht sehr zu beachten, damit aus solcher Saat nicht Unkraut aufgeht. Für uns ziehen wir daraus die Lehre, eine Kritik im „Korr.“ gegenüber tariftreuen Firmen überhaupt nicht mehr zuzulassen. Erst mag man den Instanzenweg erschöpfen und die Streichung der betreffenden Firma veranlassen, dann läßt sich über weitere Maßnahmen gegen eine solche Firma reden. Wie im Stettiner Fall aber blamieren wir nur unsre Organisationen und ihr Organ.

Tarifverträge und Gesetzgebung.

Im Jahre 1906 in Kiel hat der Deutsche Juristentag die eingehende Behandlung dieser Frage für notwendig erklärt und vier juristische und nationalökonomische Sachverständige zur Erstattung von Gutachten aufgefordert; ferner wurden zwei weitere Herren beauftragt, der diesjährigen Zusammenkunft des Juristentags in Karlsruhe darüber zu berichten. Die Sachverständigen sind in völliger Übereinstimmung zu dem Ergebnisse gekommen, daß eine gesetzliche Regelung des Tarifvertrags geboten ist. Da ferner auch die Reichsregierung diese Regelung als dringend erwünscht bezeichnet hat, so wird eine gesetzgeberische Tätigkeit auf diesem Gebiete wohl in näherer Zeit bevorstehen.

Ich kann mich eines gelinden Schauders nicht erwehren, wenn ich mir das Ergebnis dieser Bemühungen vorzufellen versuche. Daß die „Post“ schon jetzt mobil macht dagegen, daß Leute — gemeint sind die Juristen und Nationalökonom — sich um Dinge bekümmern, von denen sie nichts verstehen, ist ja nicht verwunderlich. Wenn es nach der „Post“ und ihrer nächsten Nachbarschaft rechts und links ginge, dann würden die Herren Bueck, Tille und Konforten die Sache schon machen. Der Willkür hat aber auch weiter links stehende Kreise

ergriffen — man denke nur an unsern Ergenossen Volkmar Soppe und den ebenfalls „freisinnigen“ Heiligen Antonius von Esling — und im Zeichen des Hochsiegens ist kaum etwas anderes zu erwarten, als daß diese geistige Anomalie sehr stark, wenn nicht ausschlaggebenden Einfluß auf die Gesetzgebung erlangt. Großindustrielle, sogenannte Mittelstandsretter und blödes Büntlerium werden sich schon finden. Wenn je, so liegt hier ein Fall vor, wo die Gewerkschaften — ohne Rücksicht auf die Parteien — selbständig in die Politik eingreifen müssen — ein Schulfall geradezu. Was haben also die Arbeiter im allgemeinen, was die Gewerkschaften und besonders wir Buchdrucker von der Gesetzgebung mindestens zu verlangen, wenn der Tarifvertrag gesetzlich „geregelt“ werden soll?

Die meisten der bisher abgeschlossenen Tarifverträge beschränken sich auf kollektive Regelung derjenigen Verhältnisse, deren Festsetzung nach § 105 der Gewerbeordnung noch Gegenstand freier Übereinkunft ist, das ist im wesentlichen die Regelung von Lohn und Arbeitszeit; einige Tarifverträge — darunter auch unsre Tarifgemeinschaft — regeln auch die Kündigungsfrist (§ 122 G.-D.) und interpretieren sachverständig die Bestimmungen des § 128 G.-D. über die Lehrlingsausbildung sowie des § 123 Abs. 3 G.-D., wo von den nach dem Arbeitsvertrag obliegenden Verpflichtungen die Rede ist (so namentlich die §§ 74—80 unseers Tarifs), geben ferner der Rechtsprechung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Auslegung einer Reihe weiterer gesetzlicher Vorschriften gewerbsübliche Normen an die Hand. All diese tarifliche Bestimmungen sind schon bisher von der Rechtsprechung, und zwar nicht nur von der quasi privaten durch die Schiedsgerichte und Tarifämter, sondern auch von denjenigen der offiziellen Gerichte, rüchhaltlos für Recht erkannt worden, soweit die streitenden Parteien beiderseits den Tarif anerkannt hatten. Darüber hinaus stellt den privaten Gerichten jede Exekutive, bei den offiziellen dagegen hat es dann so manches Mal gehapert.

Ein Hauptwert unsrer Tarifgemeinschaft ist die dadurch ermöglichte Bekämpfung der Schleichertkonturrenz — nicht des freien Wettbewerbs überhaupt, soweit er durch die Kapitalkraft des Unternehmers und die davon abhängige Qualität seiner technischen Einrichtungen sowie durch die größere oder geringere Intelligenz und Erfahrung in der Ausnutzung dieser bedingt ist, sondern jener schmutzigen Schleichertkonturrenz, die sich auf Kosten der Arbeiter schadlos halten will. Nach der letzten Statistik des Tarifsamts für 1907 hatten von 48516 Gehilfen 45074 eine tarifmäßige oder kürzere Arbeitszeit und 5564 im Afforde, 16303 zum Minimum, 25612 über Minimum, zusammen also 47479 tarifmäßige oder bessere Löhne und von 5228 Firmen waren 4634 — 88,6 Proz. tariffrei. Damit ist geizig schon viel, aber bei weitem nicht ausschlaggebend; denn gerade die Ausbeuter in Privat- und Gehilfenkreisen sind ja die Schömlinge. Auch diese in die von der Mehrheit der Gewerkschaften geschaffene Ordnung einzufügen, das wäre eine Aufgabe für die Gesetzgebung, die durch Kollektivvereinbarungen privater Natur, mügen auch noch so große Mehrheiten und noch so starke Organisationen hinter ihnen stehen, nicht zu lösen ist.

Uns Buchdruckern wäre in dieser Beziehung schon geholfen durch eine Zusatzbestimmung zum § 105 der Gewerbeordnung, wonach Kollektivverträge, die von Mehrheit zu Mehrheit abgeschlossen werden, bindend für das gesamte Gewerbe sind. Damit käme noch nicht einmal ein neues Moment in die Gesetzgebung; denn schon die Bestimmungen über den Ladenschluß legen es im wesentlichen in den Willen einer Mehrheit, ob die Läden schon um 9 oder um 8 Uhr geschlossen werden sollen. Wo auch hier hat sich die widerstrebende Minderheit der Mehrheit der Interessenten schon zu fügen.

Wie wenig geklärt aber diese Frage in der Allgemeinheit noch ist, war zu ersehen aus den jüngsten Verhandlungen des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, und zwar scheint nach Zeitungsberichten dabei die Legitimation der einen Tarifvertrag abschließenden Instanzen am meisten Kopfschmerzen verursacht zu haben. Ein Vertreter der Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine beanspruchte nachdrücklich auch für die Minderheiten das Recht zum Abschluß von Tarifverträgen, und fürten (Berlin) sowie Baplow (Hamburg) als freie Gewerkschaften traten dem nicht entgegen, sondern verlangten nur, daß aus dem Tarifverträge der Minderheiten nicht weitergehende Folgerungen für die Mehrheit gezogen würden. Eine Reihe anderer Redenten und Vorschläge sind nur zu begreifen, wenn man annimmt, daß die betreffenden Redner unsre Tariforganisation nur dem Namen, nicht aber ihrem innern Wesen nach kennen. Einzig der Berliner Magistratsrat v. Schulz bezeichnete die Bestimmungen des Reichstarfs der Buchdrucker als vorbildlich. Nach den mir vorliegenden Berichten hat aber auch er nicht mit dem gebührenden Nachdruck darauf hingewiesen, daß unser Tarifauschuß auch zum Abschluß resp. zur Erneuerung unsers Tarifvertrags berufen ist, daß dieser Tarifauschuß zu gleichen Teilen aus Prinzipalen und Gehilfen besteht, die ihr Mandat an die gemeinen Wahlen der tariffreien Gewerkschaften verdanken, mithin auch die Minderheit der Gewerkschaft angehörigen vertreten, daß zu den Sitzungen des Tarifauschusses nicht nur Vertreter der tariffreien Organisationen, sondern auch Experten der einzelnen Branchen hinzugezogen werden, daß zur Durchführung des Tarifs nicht nur ebenfalls paritätisch zusammengesetzte Kreisämter, Schieds- und Ehrengerichte vorhanden sind, sondern über den Ganzen als die jetzt allerseits so innig ersehnte „Schlichtungskommission“ das Tarifamt steht,

das wiederum aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen besteht und — also alles schon da, Herr Dr. Barth! — von einem Juristen als Unparteiischen geleitet wird. Dr. Barth verweist nämlich in einem Artikel in der „Berliner Volkszeitung“ auf das „Gezetz zwecks Untersuchung industrieller Streitigkeiten“, das im März vorigen Jahres in Kanada erlassen wurde. Die für uns wesentlichste Bestimmung desselben ist, daß im Falle von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Streit oder Ausperrung zur Folge haben können, die Parteien verpflichtet sind, je einen Schiedsrichter zu wählen, die dann über einen dritten Schiedsrichter sich zu einigen haben; kommt die Einigung über den dritten nicht zustande, so wird dieser von der Aufsichtsbehörde ernannt. Das so zustande gekommene Schiedsgericht entscheidet die Streitfälle, aber — die Parteien brauchen sich, wenn ihnen die Entscheidung nicht zusagt, derselben nicht zu fügen, sondern dürfen dann hinterher trotzdem aussperren oder streiken. Die Kosten des Verfahrens trägt, nebenbei bemerkt, der Staat. Zweck und schon nachweisbarer Erfolg des Gesetzes ist, die Parteien, welche dann trotz Schiedspruch streikt oder aussperren, bei der öffentlichen Meinung von vornherein ins Unrecht zu setzen, damit ihre Position moralisch und materiell zu schwächen und so leichtfertige Streiks und Ausperrungen nach Möglichkeit zu verhüten, ohne daß die Parteien über Vergewaltigung oder zünftlerische Einschüchterung klagen sollen. So nett die Sache nun auf den ersten Blick ausseht und so beständig sie besonders auf Akabemiker wirken kann, sie hat doch ihre zwei Seiten. So lange es sich bei Differenzen um die Auslegung sonst beiderseits anerkannter Tarifbestimmungen handelt, ist gegen die stimmberichtigte Mitwirkung eines Unparteiischen nicht viel einzuwenden, außer daß auch hier mangelnde Sachkenntnis den Entschluß des Unparteiischen häufig erschweren muß. Insofern ist der Unparteiische in unsrer Tarifgemeinschaft auch schon vorhanden; vielleicht könnte man ihn aber statt aus dem Juristen- im allgemeinen aus dem engern, aber eher sachverständigen Kreise der Gewerkschaften oder Gewerberichter wählen.

Soll aber ein Tarifvertrag neu abgeschlossen oder sollen seine materiellen Bestimmungen veränderten gewerblichen oder allgemewirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden, so handelt es sich nicht mehr um die Auslegung von Paragrafen, es genügt auch nicht die Kenntnis der allgemeinen Wirtschaftslage, sondern — ob es sich um Lohn, Arbeitszeit oder Lehrlingsausbildung ufm. handelt — zur Entscheidung darüber ist unbedingt eine gründliche Kenntnis der einschlägigen technischen und gewerblich-wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich, die auch durch Anhören sachverständiger Experten nicht ersetzt wird. Die Entscheidung des Unparteiischen würde da also in den meisten Fragen weniger abhängen von seiner Logik, als von der diplomatischen und oratorischen Begabung der Parteivertreter. Die Entscheidung dieser Fragen ist ferner „doch“ auch „bedingt“ durch das Gezetz vom Angebot und Nachfrage; es handelt sich also dabei stets mehr oder weniger um wirtschaftliche Nachfragen. Glaubt da wirklich jemand, daß eine Partei, die sich zur Durchdrückung einer Forderung stark genug fühlt, darauf dem Unparteiischen zutriebe verzichten wird? Sie wird diesen, als von der Gegenpartei überredet, nicht überzeugt hinstellen und streiken oder aussperren trotz ihm. § 8 der Geschäftsordnung unsers Tarifausschusses bestimmt: „Bei Stimmengleichheit ist der Antrag zurückzustellen und zu Anfang der nächsten Sitzung resp. wenn auch hier kein Resultat erzielt wird, am Schlusse der Beratungen zur Abstimmung zu bringen. Tritt dann wieder Stimmengleichheit ein, so gilt der Antrag als abgelehnt. (NB. Damit wäre eventuell der Kriegsfall gegeben.) Die Beschlußfassung erfolgt mit absoluter Mehrheit, doch müssen sowohl von der einen wie von der andern Partei vier Mitglieder zugestimmt haben. Die in den Sitzungen gefaßten Beschlüsse sind einer zweiten Lesung zu unterwerfen.“ Sind das nicht Garantien genug für die Rube und Objektivität der Beratungen sowie dafür, daß nicht — vielleicht aus momentaner erbitterter Kampfesstimmung heraus — überleibte Entschlüsse zustande kommen? Gewiß hat die Öffentlichkeit einen berechtigten Anspruch auf Kontrolle zumal solcher Bewegungen, die eventuell die weitesten, aber nicht direkt beteiligten Kreise in Mitteleuropa ziehen können. Um diesem Anspruche zu genügen, könnte immerhin auch zu allen Beratungen über den materiellen Inhalt der Tarifverträge ein Unparteiischer aus den genannten Kreisen hinzugezogen werden. Insbesondere bedarf er der entscheidenden Stimme nicht. Seine Gegenwart allein würde schon nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis der Beratungen sein, und im äußersten Falle könnte er eventuell sofort, und mit mehr Sachkenntnis und aktuellerem Interesse, als das jetzt möglich ist, als Vermittlungsamt fungieren. Auf diese Weise lassen sich die nach Magistratsrat v. Schulz vorbildlichen Bestimmungen unsers Tarifs allen Bedürfnissen anpassen, ob es sich um einen nationalen Tarifvertrag, um einen solchen für einen Staat, für eine Provinz oder nur für eine Kommune handelt. Aus den Ermittlungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes geht übrigens deutlich die Tendenz einer allgemeinen Entwicklung vom Orts- tarife zum nationalen Tarife hervor, was ja nur natürlich, also auch vernünftig ist.

Die Einwände, daß die notorisch tarifuntreuen Elemente von der Mitarbeit am Tarifabschlusse vor uns ausgeschlossen sind und daß auch die Minderheiten nicht auf eigne Faust vorgehen dürfen, sind — bei Licht gesehen — lächerlich. Welche Gesetzgebung gestattet der Minderheit, sich eigne Gesetze zu geben? Oder will man z. B. der bei den Beratungen über den Zolltarif im

Reichstag unterlegenen Minderheit das Recht geben, einen ihr besser zuzugenden Zolltarif oder gar keinen für einen Bedarf zu schaffen? Oder wo in aller Welt fragt man bei Schaffung von Gesetzen bewährte Gesetzesverächter um ihre Meinung? Der Hauptmann von Köpenick als Experte bei einer Revision des Strafgesetzbuchs — wirklich nicht übel!

Also, Herr Dr. Barth, um das Gute zu finden, braucht man nicht in die Ferne zu schweifen und empfehlen, „wir sollten von den Arabern lernen“, sondern es genügt, wenn Sie sich in sehr erreichbarer Nähe — Berlin SW, Friedrichstraße 230 — vom Tarifamt einen Buchdrucker tarif mit Kommentar beschaffen und dessen Inhalt zur Kenntnis nehmen. Wozu noch kommt, daß sich unsere Einrichtungen nicht erst seit einem Jahre, das was tadeln Sie Gesetze, sondern schon seit zwölf Jahren in gewolltem Sinne bewähren. Sie schaffen hinreichend legitimierte Instanzen sowohl zum Abschluß wie zur Durchführung eines Tarifvertrags und sind mit den erwähnten Modifikationen allen berechtigten Wünschen der Allgemeinheit anzupassen. Was aber fehlt und was in erster Linie Aufgabe der Gesetzgebung ist, das ist Ausdehnung der Jurisdiktion einer von Mehrheit zu Mehrheit ordnungsgemäß abgeschlossenen Tarifgemeinschaft auf alle Gewerksangehörigen in dem politischen Bezirke, für welchen der Vertrag abgeschlossen wurde — am besten natürlich für das ganze Reich.

Ich bin gewiß, daß ich die Frage nicht erschöpft habe. Ich wollte aber die Diskussion darüber auch in unseren Kreisen anregen, wo jetzt die weiteste Öffentlichkeit — berufen und unberufen — sich damit beschäftigt, und wiederhole, daß gerade in dieser Frage die Gewerkschaften verpflichtet sind, ohne Rücksicht auf Parteien politisch Stellung zu nehmen. Gerade wir Buchdrucker mit unseren allgemein anerkannten Erfahrungen sowohl als Gewerkschaftler wie als Tarifgemeinschaftler haben in vorderster Reihe einen Anspruch darauf, gehört zu werden. Ich darf aber nicht schließen, ohne zu betonen, daß die Schaffung und Durchführung von Tarifverträgen nicht möglich ist ohne den Rückhalt starker Organisationen. Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge darf also nicht vor sich gehen, ohne daß zugleich das Koalitionsrecht ein vollkommenes wird, vor allem aber der berichtigte § 153 der Gewerbeordnung beseitigt, dann aber auch den Organisations ohne jede politische Einschränkung die Möglichkeit gegeben wird, die Rechte einer juristischen Person auszuüben. Deshalb ist die Durchführung von Koalitionsfreiheit unlösbar verbunden mit der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge. Radi.

Stenographie und Sechsmaschine.

Unter dieser Spaltenüberschrift war kürzlich verschiedene Fachblätter über eine den Stempel der Unnahbarkeit tragende Refordleistung, die aus dem „Bulletin officiel“ entnommen war und das folgende besagte: „Die Zeitung „L'Abeille de Fontainebleau“ erhielt von ihrem Berichterstatter aus Melun nachmittags 4 Uhr einen langen Bericht per Telephon, welcher von einem Maschinenleger sofort stenographisch aufgenommen und von diesem an einen anderen stenographiekundigen Maschinenleger weitergegeben wurde, der nach dem Stenogramm sofort setzte. Gegen 1/2 5 Uhr war der ganze Bericht von 150 Zeilen Länge abgesetzt und bereits um 5 Uhr konnten die Einwohner von Fontainebleau ihn in ihrem Beiblatt lesen dank der Nüchternheit der Zeitungsetzer.“ Um die unseren französischen Kollegen nachgerühmte Nüchternheit und Frigidity auf ihre materiellen Unterlagen zu prüfen und sie event. vor dem Verdacht unlauterer Praktiken zu schützen, ging ich dieser Sache etwas auf die Spur. Mit freundlicher Unterstützung des französischen Verbandsvorsitzenden Keuser (Paris) gelangte ich in den Besitz der Zeitung „L'Abeille de Fontainebleau“, in welcher der fragliche Bericht abgedruckt ist. Da die Fachblätter berichteten, daß dieser Reford „Nüchtern“ geschlagen wurde, war mein Erstaunen groß, als die Zeitung das Datum „15. November 1907“ trug. Die Nachprüfung war also infolge der Schwierigkeit zur Erlangung der Zeitung schon erschwert worden. Bei der weitem Feststellung war mein Erstaunen noch größer: Die in dem Berichte der französischen Zeitung angeführten Tatsachen waren von irgendeinem Zeilenzähler zu einer Refordleistung eines Maschinenlegers direkt umgefälscht worden! Zunächst sind es nicht 150, sondern 126 Zeilen, einschließlich 26 Ausgängen. Der Bericht wurde nicht von einem, sondern von zwei Setzern hergestellt. Der das Stenogramm aufnehmende Setzer hatte mitgeholfen. Da in die Zeile 38 Buchstaben gehen, ergeben die 126 Zeilen insgesamt 4788 Buchstaben, verteilt auf zwei Setzer; mithin eine ganz normale Leistung. Bekanntlich schreibt der deutsche Tarif 6000 Buchstaben pro Stunde für die Linotypie vor. Die Redaktion des französischen Blattes schreibt selbst in ihrer Einleitung zu dem oben erwähnten Berichte, daß der Handsetzer in der Regel 1000 Buchstaben pro Stunde setze, während es jetzt den Maschinensetzern möglich sei, 4000 bis 6000 Buchstaben auf der Maschine zu setzen. Die Redaktion legt auch ihr Hauptgewicht auf die Feststellung, daß in Verbindung mit der „Telephonie, Stenographie und Linotypie“ eine recht schnelle Berichterstattung durch die Zeitung erfolgen könne, wenn ein geschultes Personal vorhanden ist.

Der „Zeitungsverlag“, dem wir die eingangs abgedruckte Notiz entnommen, ist demnach auf ein ganz plumpes Manöver hineingefallen.

P. M.

Drahtlose Sechsmaschinen?

In Fachkreisen ist man sich darüber schon lange einig, daß die immer wieder neu angepriesenen Verbesserungen oder Erfindungen auf dem Gebiete der Sechsmaschinen-technik nicht gleich so ernst zu nehmen sind, wie es in Laienkreisen vielfach angenommen wird. Denn die Erfahrung bewies schon vor Wenigen, daß eine ganze Anzahl von derlei Erfindungen sich in der Praxis entweder gar nicht oder nur ganz wenig bewährten und über kurz oder lang von der Bildfläche verschwunden waren.

Seit neuester Zeit ist wieder eine Erfindung zu verzeichnen, und zwar ist es diesmal der Däne Hans Knudsen, welcher die von ihm erfundene drahtlose Sechsmaschine der Öffentlichkeit übergibt. Diese Erfindung wurde schon in verschiedenen Blättern besprochen, so auch in der technisch-industriellen Umschau des „Industrieerolds“, dem ich folgende Schilderung über den neuen Apparat entnehme:

Neulich führte der dänische Erfinder Hans Knudsen zu London vor einem Kreise von Gelehrten, Technikern und Finanzleuten eine neue Erfindung vor, die von größter Bedeutung werden kann. Sie besteht in einem sinnreichen und durchaus einfachen Mechanismus, der in Verbindung mit einer gewöhnlichen Sechsmaschine gebracht wird und ihre Hebel in Bewegung setzt. Der Erfinder schreibt sein Telegramm auf einer Schreibmaschine, deren Hebel mit denen der Sechsmaschine drahtlos telegraphisch abgestimmt sind. Die Sechsmaschine liefert dann das Telegramm in gegossenen Druckstrichlinien vollkommen fertig ab. Es würde also hiernach beispielsweise der Pariser Korrespondent einer Londoner Zeitung gleichzeitig mit der Ublieferung seines Manuskriptes die Arbeit ausführen, die sonst von einem Maschinensetzer in London verrichtet werden müßte. Knudsens Vorführung glückte in hohem Grade. Der Erfinder überzeugte die Anwesenden davon, daß er allerdings imstande war, ein Telegramm beinahe mit derselben Schnelligkeit drahtlos zu setzen, wie ein Maschinensetzer das bei direkter Handhabung der Sechsmaschine hätte tun können. Der Apparat arbeitete mit verblüffender Sicherheit und Genauigkeit. Allerdings waren Sender- und Empfängerapparat bei der Demonstration nur so weit voneinander entfernt, wie die Größe des Demonstrationsraumes es eben zuließ; aber der Strom war so geregelt, daß er auf eine englische Meile hätte wirken können.

Ich glaube nicht vorzugreifen, wenn ich behaupte, daß diese so viel versprechende Erfindung in der Praxis noch auf sehr viele Widerstände stoßen wird. Man denke bloß eine Sechsmaschine in London im Betriebe, die von einem Berichterstatter in Paris z. B. bedient wird! Also die vielen Schwierigkeiten, die „drahtlose“ Maschinenleger bei direkter Handhabung der Maschine noch unterlaufen und einleihen, das Leben „sauer“ machen! Wie wir in der Fachzeitschriften öfters lesen können, scheinen bei dieser neuen Erfindung auf einmal nicht vorhanden zu sein.

Es ist leicht erklärlich, daß diese Erfindung bei den Londoner Zeitungseigentümern ein großes Interesse hervorgerufen hat, da neben verschiedenen anderen Vorteilen hauptsächlich die ungeheuren Telegrammkosten zum Teil erspart werden können. Uns Buchdrucker interessiert vor allem die technische Sachherstellung. Geseht den Fall, besagte Erfindung würde sich trotz aller Hindernisse in der Praxis Bahn brechen können. — und ganz grundlos ist die Vermutung ja nicht, zumal sich bereits ein Kapitalträchtiges englisch-amerikanisches Syndikat zur Ausnutzung des Patents gebildet hatte —, so wäre die Erfindung für uns Buchdrucker von besonderer Wichtigkeit, denn nach der oben geschilderten Arbeitsweise würde ein Korrespondent oder gar vielleicht ein Schreibmaschinenmann fertigen Satz herstellen. Auch ist nicht zu übersehen, daß wenn sich der Apparat tatsächlich bewähren sollte, eine empfindliche Anzahl davon verbreitet werden würde; denn die Kosten einer solchen Maschine sollen die verhältnismäßig niedrige Summe von nur 2000 Mk. betragen.

Sollte es sich also in der Zukunft so entwickeln, wie es jetzt in London vielfach vorgepredigt wird, dann würde es allerdings Sache der verschiedenen Verbandsleitungen sein, zu gegebener Zeit entsprechende Maßnahmen zu treffen, welche geeignet wären, unsere Nachteile mit denen der Vorteile zu equalisieren.

Vorläufig aber heißt es, sich in die Tätigkeit der Weisen zu versehen und — abwarten!

Dresden.

S. Stastny.

Korrespondenzen.

Berlin. In der Vereinsversammlung am 10. September hielt der auf dem Wirtschaftsbetriebe wohlbekannte Schriftsteller Max Schippel einen Vortrag über: „Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis“. Redner schilderte in interessanten und aufklärenden Ausführungen die Ursachen der nach längerer Hochkonjunktur im vorigen Jahr über Amerika hereingebrochenen schweren Wirtschaftskrisis, erklärte eingehend das Entstehen der wirtschaftlichen Krisis in Deutschland, um zum Schlusse deren Wirkung auf die Arbeitererschaft zu besprechen. Er betonte hierbei, daß starke gewerkschaftliche Organisationen bei Befolgung einer der Situation entsprechenden Taktik imstande seien, die aus derartigen Depressionen entstehenden Schäden für die Arbeitererschaft erheblich zu mildern, und knüpfte die Hoffnung daran, daß die Arbeiterorganisationen uns auch über künftige Krisen möglichst gut hinwegbringen

werden. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und in der sich ihm anschließenden kurzen Diskussion brachten einige Kollegen, welche sich im Sinne des Referenten äußerten und verschiedene Fragen an ihn richteten, ihre Genehmigung darüber zum Ausdruck, daß das behandelte zeitgemäße Thema auf die Tagesordnung der Vereinsversammlung gesetzt und dazu ein so fachkundiger Referent gewonnen worden sei. Bei dem dann folgenden Punkte „Vereinsmitteilungen“ brachte der Vortragende zunächst zwei Angelegenheiten zur Sprache, die, wie er bemerkte, mit den gehörten Vorträgen in einem gewissen Zusammenhange ständen. Trotz der in unsern Verufe bestehenden schlechten Konjunktur und der damit verbundenen großen Konditionslosigkeit würden in verschiedenen Druckereien von den Gehilfen eine hohe Zahl von Überstunden verlangt; in einem Falle seien 23 Stunden pro Kopf und Woche geleistet worden. Leider werde dem Gausvorstande fast immer erst nach solcher Überstundenleistung davon Mitteilung gemacht. In der Bekämpfung der Überarbeit müsse aber wieder etwas geschehen. Da nun gegen die in einer Märzwoche aufgenommene Überstundenstatistik, welche bekanntlich eine ungeheure Zahl ergab, eingewendet worden sei, es sei da eine besonders schlimme Woche herausgehört worden, so habe der Gausvorstand eine Kontostelle zur Feststellung der Überstundenleistung eingeführt. Fortan sollen in allen Offizinen, wo hinsichtlich Stundenzahl und Dauer umfangreiche bzw. regelmäßige Überarbeit verlangt werde, sämtliche Kollegen die von der Verwaltung zu entnehmenden Überstundenarten ausfüllen und durch den Vertrauensmann wöchentlich an den Gausvorstand einreichen. Mit diesem Materiale solle dann versucht werden, durch die tariflichen Instanzen Abhilfe zu schaffen. Eine andre, von vielen Kollegen neuerdings beklagte Erscheinung sei das Verfahren von Faktoren und Obermaschinenmeistern, die Gehilfen zu schleunigerem Arbeiten zu veranlassen. Bei Arbeiten, die stets eine gewisse Zeit erfordern haben, werde den Kollegen jetzt auf einmal gesagt, es dauere zu lange, es müsse schneller gehen usw. Manche Kollegen ließen sich dadurch auch, um nicht ihre Kondition zu verlieren, einschüchtern und arbeiteten in einer intensiven Weise, die sich in keiner Beziehung rechtfertigen lasse. Bemerkenswert sei hierbei, daß die Faktoren und sonstigen leitenden Personen jetzt daran gehen, ihre Löhne zu erhöhen bzw. eine Tarifierung ihrer Gehälter zu erreichen. Die bisher vorgeschlagenen Gehaltsätze seien bescheiden zu nennen und ein Erfolg wäre den Faktoren usw. bei ihrem Vorgehen wohl zu gönnen. Es solle ihnen nun keineswegs unterstellt werden, daß sie etwa durch schärferes Eintreiben die Prinzipalität ihren Bestrebungen geneigter machen wollen, jedoch könne man bezüglich einzelner Personen diesen Eindruck gewinnen, wenn man das hier in Rede stehende Verhältniß zur Vergleichsmöglichkeit der „Arbeitslosen“ beachte. Des weitem unterzog dann noch der Vortragende die Frage der Gauszuschüsse und die Verbindung damit die Lage des Arbeitsmarkts in Berlin einer Erörterung. Seit Monaten stehe die Konditionslorenziffer auf einer jetzt leider nicht mehr ungewöhnlichen Höhe; sie betrage seit Juni stets 8—10 Prozent der Mitgliederzahl, und in der letzten Woche seien an Arbeitslosen und Franken rund 1200 Mitglieder zu verzeichnen gewesen. Trotzdem finde aber fortgesetzt ein starker Zufluss von Kollegen aus der Provinz nach Berlin statt. Bei dieser Sachlage sei es der Berliner Kollegenerschaft unmöglich, der Frage einer anderweiten Regelung der Gauszuschüsse oder dem Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen näher zu treten. Wenn die im „Korr.“ in dieser Beziehung schon geäußerten Wünsche, besonders wenn die Anregung, den einem Kollegen aus irgend einem Grunde zustehenden Zuschuß auch hier auszugeben und die Beträge mit den betreffenden Gauen zu verrechnen, verwirklicht werden würden, dann würden wohl bald noch Tausende von Verbandsmitgliedern in Berlin Einzug halten. Die Lage der Verhältnisse nötige deshalb den Berliner Gausvorstand, nach wie vor auf dem Standpunkte zu beharren, daß keine Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen sind, weil solche Verträge die schwersten Nachteile zeitigen würden. Der Vortragende teilte ferner mit, daß die Berliner Handwerkskammer an einige Firmen ein Schreiben gerichtet habe, es seien zu ihrer Belegstrolche von einigen Stempelfabrikanten Stempelfegerlehrlinge unter Einreichung der Lehrverträge angemeldet und sie bitte um gefällige Mitteilung, ob nach Ansicht der Firma die Stempelfeger als ein beförderliches Handwerk anzusehen und eine Lehrzeit von 3—4 Jahren zur Erlernung desselben erforderlich sei. Inre Meinung über diese Frage gehe natürlich dahin, daß wir den Stempelfabrikanten unter allen Umständen das Recht beibreiten, Lehrlinge auszubilden, weil diese infolge der ganz einseitigen Ausbildung später in Buchdruckereien doch kein Fortkommen finden und überdies nach einer besonderen Sparte der Stempelfeger kein Verlangen besteht. Öffentlich wird unser Eindruck gewürdigt und den Stempelfabrikanten die Lehrlingsausbildung auch nicht gestakkt. In Sachen Jillessen wurde mitgeteilt, daß die bekanntlich wegen Maßregelung der Verbandsmitglieder beantragte Streichung der Firma Gutenbergsdruckerei (Jillessen) aus dem Tarifverzeichnis bisher noch nicht erfolgt sei, daß aber inzwischen ein interessanter Vorgang zu verzeichnen sei. Die Direktion der Schultheiß-Druckerei, welche bei der genannten Druckerei ständig große Druckaufträge habe, sei auf deren Verhalten gegenüber den Verbandsmitgliedern bereits aufmerksam geworden, habe sich über die Angelegenheit erkundigt und dazu erklärt, daß sie unter diesen Umständen ihre Geschäftsverbindung mit Herrn Jillessen zu lösen gedenke und nur noch den Tarifamtsentscheid abwarten

wolle. Weiter nahm der Vorsitzende Veranlassung, zu dem Artikel eines Kollegen Schrader in Nr. 102 des „Korr.“ einige Bemerkungen zu machen. Wie vor ihm schon andre, so habe auch Sch. geglaubt, seinen Artikel gehaltvoller machen zu müssen, indem er die Berliner Kollegenschaft anzurempeln sucht. Dazu müßten einmal Überlegungen, wie die bereits stark verbrauchte Redensart von der „Stadt der jungen geistigen Intelligenz“, und dann die „Mitteilungen“ des Gewerkschaftsverbandes, von denen Sch. offenbar noch niemals ein Exemplar gesehen und daher auch absolut keine Ahnung von deren Zweckbestimmung habe. Über derartige Unzulänglichkeiten brauchen wir uns indes nicht ernstlich aufzuklagen; sie werden vielleicht unterbleiben, wenn es uns erst vergönnt sein wird, auch die „Korr.“-Redaktion in der Stadt der „jungen geistigen Intelligenz“ begrüßen zu können. Schließlich fand auch die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ wiederum Erwähnung, die sich neuerdings über die Neutralität des Verbandes Kopfschmerzen macht, weil die Verbandsmitglieder einiger Druckereien zur sozialdemokratischen Parteikasse Beiträge gesteuert haben und weil die Verwaltung des Berliner Vereins nach dem „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftshaus verlegt worden ist. Es wurde hierzu bemerkt, daß man dem Blatte eine ihm nicht gebührende Bedeutung zuerkennen würde, wenn man sich ernstlich mit ihm über den Begriff der Neutralität auseinanderzusetzen würde; das aber müsse betont werden, daß wir uns in dieser Frage am allerwenigsten von der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ etwas vormachen lassen. Nach einigen Mitteilungen von nur lokalem Interesse erklärte sich die Versammlung mit der Vertagung der noch auf der Tagesordnung stehenden Punkte einverstanden, womit Schluß der Versammlung eintrat.

Berlin. (Versammlung des Vereins aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 7. September.) Die Berliner Kollegenschaft hat sich mit der Schnellgieß- oder Vignettmaschine, wie sie neuerdings genannt wird, zu beschäftigen gehabt. Nach dem Abkommen mit den Prinzipalinnen sollten Gießpreise nach vollbrachten Leistungen provisorisch vereinbart werden. Bei 6, 7 und 8 Punkt Segel und Quanten über 250 Mito sind Vereinbarungen zustande gekommen. Bei diesen Regeln ist die Überlegenheit der neuen Maschine gegenüber den andern Komplettmaschinensystemen zu konstatieren gewesen. Es scheint aber, daß diese Überlegenheit bei Korpusregel nicht mehr vorhanden ist. Trotz aller redlichen Mühe, die sich die Gießer geben, ist es nicht einmal gelungen, die Leistung der älteren Maschinensysteme zu erreichen, insoweit es sich um Differenzen wegen des Gießpreises gekommen. Es sollen zunächst Erprobungen stattfinden über die Resultate an anderen Orten. Den Differenzstärkern wurde aufgegeben, denjenigen Kollegen, die ausführen müssen, zu sagen, daß sie bei eintretender längerer Konditionslosigkeit, auch wenn sie ausgerechnet werden sollten, sich immer wieder bei der Werkstätte funktionären zu melden haben, damit sie nicht ausgeschlossen werden, wie jetzt wieder der Fall vorgekommen ist. Es wurde sodann Bericht erstattet von der von der Brandenburgischen Maschinenfabrikvereinigung einberufenen Versammlung der Monotypsetzer und -gießer. Soweit die letzteren in Frage kommen, soll angestrebt werden, daß wenn der Gießer zwei Apparate bedient, das Maschinenfabrikminimum festzulegen und die geleerten Gießer mehr wie bisher zu berücksichtigen. In der zur Ausarbeitung eines Entwurfs zur Tarifierung der Leistungen an den Monotypsetzer- und -gießapparaten gewählten Kommission befinden sich zwei Gießer. Die Stempelsteiner Berlins waren vollständig erschienen, um die Organisationsfrage zu behandeln. Von Frankfurt-Offenbach war die Auforderung ergangen, eine Agitation dafür zu entfalten, daß die Stempelsteiner Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker werden, wie das in Frankfurt-Offenbach bereits der Fall ist, wo 95 Proz. Verbandsmitglieder sind. Nun gehört aber der größere Teil der Berliner Stempelsteiner dem Metallarbeiterverband und nur ein kleiner Teil dem Buchdruckerverband an. Es wurde ausgeführt, daß die Stempelsteiner den Moment verpaßt hätten, der sie zu einer einheitlichen Organisation geführt hätte. Die weitere Verfolgung dieser Sache wurde dem Vorstande der hiesigen Gewerkschaftsvereinigung übergeben mit dem Vorbehalt, auch eine Zentralkommission der Stempelsteiner ins Leben zu rufen. Es wurde gerügt, daß auf der Kölner Generalversammlung seitens des Vertreters der Schriftgießer, des Vorsitzenden der Zentralkommission derselben, keine Monita an dem Tarife von 1906 gemacht worden seien. Die Bestimmung, die da lautet, daß an den Gießapparaten der Monotype Seher oder Gießer zu beschäftigen sind, entspreche nicht den vor den Tarifverhandlungen geäußerten Wünschen der Gießer. Diese Wünsche haben darin bestanden, daß die Gießer in erster Linie berücksichtigt werden sollten. Dies ist auch seitens des Tarifrats im Prinzip anerkannt und auch von den Maschinenfabrikanten in der Zentralkommission derselben zugestanden worden. Um so mehr sei man in Gießerkreisen enttäuscht gewesen, als nach dem Wortlaute des Tarifs die Gießer an die zweite Stelle gerückt waren. In der Praxis sind auch die meisten Stellen nicht durch Gießer, sondern durch Seher besetzt. Da kein Einspruch erhoben worden sei, werde es nun dabei bleiben. Der Vorsitzende der Zentralkommission, F. Laßmann, erwiderte, daß er diese Angelegenheit nicht angeht, weil die Tatsachen uns bezeugen haben, daß die an den Apparaten ausgebildeten Gießer zum Teil die angebotenen Stellen nicht angenommen haben, da die Lohnverhältnisse in den Schriftgießereien bessere seien als die an der Monotype. Auch sei die Organisation nicht in der Lage gewesen, die verlangten Mann-

schaften zu stellen. Es sei auch gleichgültig, ob es heißt: Seher oder Gießer oder umgekehrt; das Verhältnis wäre dasselbe geblieben. So lange wir es nicht durchsetzen können, daß wie in Österreich die Bestimmung lautet: nur geleerte Gießer an den Gießapparat, werden wir nicht verhindern können, daß die Plätze von Sehern eingenommen werden. Als Illustration führte der Vorsitzende den jüngst vorgekommenen Fall an, wo einem Gießer nach vierwöchentlicher Ausbildung keine Stelle nachgewiesen wurde; ein anderer hat infolge dieser Unsicherheitslage schon nach acht Tagen das Weiterlernen aufgegeben. Bei den Wahlen der sechs Weisiger zum Hauptvorstand glaubte der Schriftgießervorstand auf einen Vertreter der Schriftgießer verzichten zu sollen, um den übrigen Sparten, die der Tarifgemeinschaft angehörend, den Vortritt zu lassen; um so mehr, als unsere Sparte mit dem Hauptvorstand immer ganz gut ausgekommen sei. Es sei aber anders gekommen und der Kollege Düjón in der Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins aufgestellt worden. Die Versammlung war auch damit einverstanden. Für das kommende Geschäftsjahr präsentierte die Versammlung als Kandidaten zum Vorstande wieder den Kollegen Emil Greulich. Ein Schreiben der Gewerkschaftskommission fordert dazu auf, das „Gewerkschaftshaus“ zu unterstützen. Kollege Düjón gab unter dem Vorbehalte der Versammlung seiner Empörung darüber Ausdruck, daß bei den Wahlen zum Gautag in Offenbach der durch seine Quertreibereien bekannte Gießer Schwab, der es fertiggebracht hat, daß kein Mitglied aus der Offizin, in der er beschäftigt ist, die Schriftgießervereinigungen besucht, gemählt worden ist, während der derzeitige Vorsitzende Krämer, der es ehrlich und aufrichtig meint, durchgefallen ist. Die Buchdrucker sollten sich ihre Leute ein bißchen genauer ansehen.

Burg b. Magdeburg. (Maschinenmeisterverein.) Der Verein hielt am 13. September seine gut besuchte Monatsversammlung ab, in welcher Kollege Vogl aus Magdeburg über „Die Chemie der Farben“ referierte. Seinen einfindigen Vortrag verstand Redner durch wohlgelegene Experimente (Herstellung der Grundfarben) lehrreich und interessant zu gestalten. Aus den vielen Fragen, welche dem Kollegen Vogl nach Beendigung seines Vortrags gestellt wurden, ging hervor, daß seine Ausführungen gefallen hatten. Wir sagen ihm sowie dem Maschinenmeisterverein Magdeburg, welcher die Chemikalien zur Verfügung stellte, unsern besten Dank. Auch sonst hat unser junger Verein für die Weiterbildung seiner Mitglieder gesorgt, indem Druckfahnenkalkulationen und eine Beschäftigung der Pappensabrik des Herrn Kaunert in Schwarmen veranstaltet wurden. Der Weisiger führte die Teilnehmer in seiner Fabrik herum und erklärte alles ausführlich. Wenn auch in dieser Fabrik hauptsächlich Pappen hergestellt werden, so konnten sich die Kollegen doch ein Bild von der Pappensabrikation machen, da doch beide Fächer eng miteinander verbanden sind. Auch Herr Kaunert sei an dieser Stelle unsern Dank ausgesprochen.

-ck. Danzig. Die am 6. September im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Monatsversammlung des Ortsvereins beschäftigte sich nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden Gustav Jango zunächst mit internen Angelegenheiten. Alsdann erhielt Kollege Hanemann das Wort zu einem zeitgemäßen und belehrenden Vortrage über: „Das Kommunalwahlrecht“. Mit einem warmen Appell an alle stimmberechtigten Kollegen, sich vollständig an den Stadtverordnetenwahlen im November zu beteiligen und nur denjenigen Männern ihre Stimme zu geben, die auch wirklich gewillt und in der Lage sind, die Arbeiterinteressen, also auch unsre, zu vertreten, schloß der mit großem Beifall ausgenommene Vortrag. In der Debatte, die sich an den Vortrag schloß, pflichtete Kollege Richard Schulz den vorerwähnten Ausführungen des Vortrags bei. Auch Kollege Gütje forderte alle wahlberechtigten Kollegen auf, sich vollständig an der Wahl zu beteiligen. Jeder Nichtpreuze solle sich das Wahlrecht verschaffen, indem er sich naturalisieren lasse, was durch eine diesbezügliche Eingabe an den Regierungspräsidenten völlig kostenfrei geschehen könne. Nachdem beim Punkte „Diverses“ noch einige Sachen von nicht öffentlichem Interesse zur Verhandlung gekommen, wurde die gut besuchte Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen.

Dresden. In den Gaumitgliederversammlungen vom 3. und 11. September hielt Herr Julius Fräßdorf, Vorsitzender der Dresdener Ortskrankenkasse, einen sehr instruktiven Vortrag über: „Wesen und Durchführung der Arbeiterversicherung“. Während im ersten Teile seiner Ausführungen der Vortragende die Geschichte der ganzen Arbeiterversicherung behandelte und dann im speziellen unter Berücksichtigung des Statuts der Dresdener Ortskrankenkasse auf das Krankenversicherungsgesetz einging, war er in der zweiten Versammlung bestrebt, seinen Zuhörern einen möglichst vollständigen Einblick in Wesen und praktische Handhabung der Unfallversicherung und des Invalidenversicherungsgesetzes zu geben. Herr Fräßdorf verstand es ausgezeichnet, an der Hand von aus dem Berufsleben gegangenen Beispielen die einzelnen, oft recht komplizierten Bestimmungen der Versicherungsgesetze zu erklären und gab wichtige Fingerzeige über Instanzenweg, Unterstützungsbezug, Rechtsprechung usw. Die Diskussion nach jedem Vortrage gab den Versammlungsbesuchern Gelegenheit, ihre Kenntnisse der Arbeiterversicherungsgesetze durch freie Fragestellungen zu erweitern, und fand es der Herr Referent für angebracht, bei ausführlicher Verantwortung der gestellten Fragen seinen Vortrag für die Zuhörer wertvoll zu ergänzen. Reicher Beifall lohnte dem Referenten die gehabte Mühe.

Dortmund. (Maschinenmeisterverein.) Am 30. August wurde unsere Bezirksversammlung in Hamm abgehalten und hatte sich dieselbe eines guten Besuchs zu erfreuen. Nach Erledigung mehrerer Aufnahmen und Kenntnismahme des letzten Artikels der Zentralkommission erhielt Herr Faktor Vordard das Wort zu einem Vortrag über „Neuere Drucktechnik“. Zu längeren Ausführungen gab der Vortragende unseren Kollegen ein Bild vom Stande unserer heutigen hochentwickelten Technik, an Hand von künstlerisch ausgeführten Druckarbeiten auch auf das praktische Arbeiten eingehend und zum Schluß die Kollegen auffordernd, sich recht intensiv an allen vom Vereine gebotenen Kursen zu beteiligen, um hierdurch das technische Können und Wissen jedes einzelnen Kollegen auf eine recht hohe Stufe zu bringen. Der dem Redner nach Schluß seiner Ausführungen spendete reiche Beifall bewies, daß der Vortrag allen Kollegen viel Neues und manche Anregung gebracht hatte und sei Herrn Faktor Vordard an dieser Stelle für seine Bemühungen nochmals gedankt. Nach Schluß der Versammlung vereinigte ein gemeinschaftliches Mittagessen sämtliche Kollegen, um nach diesem an der Versammlung des Bezirks Dortmund vollständig teilzunehmen.

F. Düsseldorf. Am 12. September sprach hier in gutbesuchter Versammlung der in Arbeiterkreisen wohlbekannte sozialpolitische Schriftsteller Dr. Erdmann aus Köln über das Thema: „Die Strömungen in der gegenwärtigen Arbeiterbewegung.“ Der Redner hatte über ein fast gleichlautendes Thema vor einigen Wochen in Köln gesprochen und ist in Nr. 99 des „Korr.“ schon ein ausführlicher Bericht über die wichtigsten Ausführungen des Referenten enthalten, so daß eine eingehende Wiedergabe an dieser Stelle unnötig ist. Zu bemerken ist nur, daß Herrn Dr. Erdmann für seine klaren und interessanten Ausführungen lebhafter, fast stürmischer Beifall zuteil wurde, und daß sich kein Kollege dagegen zum Wort meldete. Dann erfolgte noch die Abrechnung vom Johannisfest durch den Kassierer des Festkomitees, Kollegen Breitkopf. Es ergab sich ein Überschuss von 95,50 M. Ferner erwähnte der Vorsitzende noch, daß auch in diesem Jahre wie im vorigen eine Weihnachtsmatine veranstaltet werden soll.

Frankfurt a. M. In Nr. 105 vom 10. September bringt der „Korr.“ eine Erklärung der hiesigen „Typographischen Amicitia“, die von vollständig falschen Voraussetzungen ausgeht und deshalb nicht unwiderprochen bleiben darf. Die „A. U.“ versucht dort, die Kollegenschaft Deutschlands glauben zu machen, als sei durch die Veröffentlichung des Falls Demuth im „Korr.“ eine Verunglimpfung der „A. U.“ als solche beabsichtigt gewesen und ihren Mitgliedern in der Gesamtheit unzulässiges Verhalten vorgeworfen worden. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Veranlassungsbericht vom 28. Juli, wie jeder unbeeinträchtigte Kollege auch zugeben muß, nur objektiv und kurz wiedergibt, was über den Fall Demuth dort verhandelt wurde. Was die Äußerung in bezug auf die Mitgliedschaft des betreffenden Prinzipals selbst betrifft, so sei hier ausdrücklich konstatiert, daß diese Rede- wendung von unserm ersten Vorsitzenden gebraucht wurde, keineswegs aber, um die „A. U.“ zu beleidigen, sondern lediglich deshalb, um auf ein Mitglied derselben einen gewissen moralischen Druck auszuüben bzw. durch seine Vereinskollegen ausüben zu lassen. Uns diesem Grunde fühlen wir uns auch heute noch nicht veranlaßt, den angeführten Satz zu bedauern, um so weniger, als es eine Vereinigung berufsloser, unentwegter Kollegen für taktisch richtig hält, zur Ehrenrettung eines Prinzipals den Zankapfel in die Frankfurter Kollegenschaft zu werfen. Trotzdem in zwei Bezirksversammlungen und auch beim Schiedsgericht ausdrücklich festgestellt wurde, daß eine unwürdige Behandlung des Personals — wenn auch nur bei zwei Kollegen dies festgestellt ist — vorlag, versuchte man bereits am 27. August (Nr. 99 des „Korr.“) durch eine Veröffentlichung des Schiedsgerichtsurteils die Sache abzuschwächen und zu beschönigen. Der Fall dürfte wohl vereinzelt dastehen, daß im „Korr.“ Schiedsgerichtsurteile veröffentlicht werden, um Prinzipale gegen Verbandsfunktionäre auszuspielen. Einen andern Grund für die Veröffentlichung können wir uns nicht denken. Daß sich zu guter Letzt auch noch die „A. U.“ bemüht fühlt, eine Lanze für Herrn Demuth zu brechen, ist um so unverständlich, da dem dortigen Faktor W., der ebenfalls Mitglied dieser Vereinigung ist, bekannt war, daß diese Firma stets befreit ist, für ihre besseren Arbeiter erste Kräfte von auswärts heranzuziehen, um diese nach getaner Arbeit auf irgend eine Art loszuwerden. Der Umstand, daß W. für eine Bezahlung von einer Mark über Minimum (laut einem uns vorgelegten Lohnzettel) bis vor kurzer Zeit sich noch Sonntags und nach Feierabend in allen möglichen Funktionen für die Firma verdient machte, beweist zur Genüge, daß hier noch Platz für einen tüchtigen Kollegen vorhanden ist, der auf angemessene Bezahlung und regelmäßige Arbeitszeit sieht. In einer Druckereiversammlung hat ja auch der Faktor W. zugegeben, daß er am liebsten mit dem Personal aufhöre, da die Tätigkeit bei D. seine Gesundheit untergrabe. Zu Illustration, wie D. sein besser bezahltes Personal wieder los zu werden sucht, wollen wir die Aussagen eines Kollegen, dessen unwürdige Behandlung durch Demuth vom Schiedsgericht festgestellt wurde, wiedergeben: „Zum Beweise, daß D. einen Bruch provozierte, diene 1. die willkürliche Änderung der Arbeitszeit; 2. wurde W. mehrmals beauftragt; sich andres Personal anzuschaffen; 3. die Äußerung D.s: ich schmeiße die ganze Bande hinaus; 4. hatte W. den Auftrag, mit aller Energie hinter die Gesellschaft zu gehen.“ Zu alledem kommt

nach hinzu, daß als erster Vorsitzender der „S. U.“ der hiesige Gewerkschaftssekretär, Kollege Dorjau, fungiert, folglich auch die Erklärung im „Korr.“ mit seinem Namen deckt. (Kollege Dorjau hat diese Erklärung nicht eingesandt. Red.) Wenn nun dort von zwei Prinzipalen die Rede ist, die sich noch nie etwas zuschulden kommen ließen, so fragen wir: Ist dem Kollegen Dorjau als Gewerkschaftssekretär nicht bekannt geworden — vorausgesetzt, daß ihm die oben angeführten Tatsachen unbekannt Dinge sind —, daß die hiesige Zahlstelle der Buchbinder ihre Mitglieder vor einer Konditionsannahme bei einem dieser Prinzipale, Herrn Demuth, warnt? Zu seiner Information sei diese Warnung, die nicht nur in der Frankfurter „Volksstimme“, dem Publikationsorgan der Gewerkschaften, sondern auf Ersuchen der Buchbinder auch in unseren „Mitteilungen“ gestanden hat, hier wieder gegeben: „Die Buchdruckerei Demuth, Kronprinzenstraße, sucht fortgesetzt Buchbinder. Obwohl nur ein Buchbinder dort beschäftigt wird, haben schon in diesem Jahre fünfzehn Kollegen die Arbeit wegen schlechter Behandlung und schlechter Bezahlung wieder eingestellt. Ehe nicht bessere Behandlung und Bezahlung gewährt wird, kann niemandem empfohlen werden, dort anzufangen.“ Wie man es nun doch noch verstanden hat, für diesen Herrn eine indirekte Grenzrettung — denn das und nichts anderes bezweckte die Erklärung der „S. U.“, wie ja auch mit ziemlicher Sicherheit feststeht, daß Herr D. auf Veranlassung der „S. U.“ beim Schiedsgerichte klagbar wurde — zu fabricieren, wird uns wie der genannten deutschen Kollegenliste ein Rätsel bleiben. Geradezu unerhört bleibt es jedoch, mit dieser beabsichtigten Satisfaktion aufs neue den Streit und Zwiespalt in die Frankfurter Kollegenchaft zu tragen, indem man durch verstellte Anspielungen auf die 1891er Vorgänge die neugewonnenen Kollegen kopfschüttelnd und denen, die sich opferfreudig in den Dienst der Organisation gestellt haben, die Arbeitslust zu vergällen sucht. Und das alles einem Prinzipale zuzuliebe, der sich nicht scheut, trotz Gegenbeweise ein Vorstandsmitglied vor dem Tariffschiedsgerichte zweimal mit „Lügner“ zu titulieren. Eine solche Taktik gewerkschaftlich gesinnter Arbeiter ist uns unverständlich. Der Bezirksvorstand erklärt sich hiermit in der Angelegenheit Demuth-Ulmericia solbarrisch und übernimmt für vorstehendes die volle Verantwortung.

Der Vorstand des Bezirks Frankfurt a. M.:
H. Braum, erster Vorsitzender; F. Bergmann, zweiter Vorsitzender; J. J. Schürff, Schriftführer; J. Egenberger, W. Wüst, Beisitzer.

Frankfurt a. M. (Maschinenmeisterverein.) Die am 12. September abgehaltene Versammlung hat trotz der interessanten Tagesordnung einen sehr mäßigen Besuch. Der Vortrag des Herrn Karl Werner (Ausschuß für Volksvorlesungen), welcher ein fast zwelfstündiges Referat über: „Die Entwicklung der Presse und ihre Bedeutung für die Kultur“, hielt, fand allseitige Anerkennung. Dem Referenten sei an dieser Stelle unser bester Dank ausgesprochen. Die Besichtigung der Johannisberger Maschinenfabrik, welche am 9. August stattfand, zeigte eine außergewöhnlich starke Beteiligung unter Teilnahme der Mainzer und Darmstädter Kollegen. Der Direktion der Fabrik sei ebenfalls hiermit für ihr künftiges Entgegenkommen unser Dank ausgedrückt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gotha. Einem langgehegten Bedürfnisse Rechnung tragend, wurde hier am 13. September ein sachtechnischer Verein im Rahmen der Ortsgruppe unseres Verbandes unter dem Namen Typographische Vereinigung Gotha gegründet. Daß demselben sofort 26 Mitglieder beitraten, legt bereits Zeugnis von entgegenwachsendem Interesse ab und bleibt nur zu wünschen, daß sich noch mehr Kollegen dieser edlen Sache anschließen möchten. In den Vorstand wurden die Kollegen F. Zachi als Vorsitzender und Schuhmann als Kassierer gewählt. Als Vereinslokal wurde das „Gewerkschaftshaus“ einstimmig von der Vereinigung akzeptiert.

Sohenstein-Gersdorf. Außer einem kurzen Bericht über die erfolgreiche Gründung eines Ortsvereins ist bis jetzt von hier noch nicht viel in der Öffentlichkeit gedrungen. Trotz des kurzen Bestehens ist die Arbeit in unserm Ortsverein eine sehr reichhaltige, und die Mitglieder bekunden ihr Interesse für die Erledigung der Arbeiten durch stets vollständigen Besuch. Wie an verschiedenen anderen Orten, so waren auch hier die bisherigen Verhältnisse nicht die rosigsten zu nennen. Von den drei hier bestehenden Druckereien, die den Tarif sämtlich anerkannt haben, beschäftigten nur die zwei kleineren lediglich Verbandsmitglieder, während in der größten von fünf N.-B. tätig sind. Bis vor etwa Jahresfrist standen in dieser Offizin nur N.-B. Durch das eifrige Bestreben, auch in dieser Druckerei festen Fuß zu fassen, ist es uns gelungen, fünf Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. Durch den Einzug des „eisernen“ Kollegen (einer Monoline) in diese Offizin wurden leider nur Verbandsmitglieder auf die Straße befördert, jedenfalls nur wegen ihres Bestrebens, die tariflichen Verhältnisse zu regeln, während die N.-B. ihre „dauernde“ Kondition behalten konnten. Wiederholt haben wir uns bemüht, den Vorstand wie das Schiedsgericht mit den daselbst vorgekommenen Tarifveränderungen zu beschäftigen. Wir ersetzten auch bis jetzt vier Maßregelungsanerkennungen und Beanttragung der Streichung der Firma aus dem Verzeichnisse der tariftreuen Druckereien beim Kreisamte. Schon bei den früheren Bestreben, die den Tarif nicht anerkannten, mußten mehrere Verbandskollegen wegen ihres Eintretens für tarifliche Verhältnisse ihre Kondition verlassen, und gerade diese Kollegen, die in dieser Offizin

alles für unsere Sache einsetzen, werden, wenn sie diesen Bericht zu Gesicht bekommen, nur mit Kopfschütteln vernehmen, daß diese sich nicht überzeugen lassen den N.-B. immer noch die Hauptrolle daselbst spielen. Jedenfalls wird aber beim Herannahen der arbeitsreichen Zeit der Prinzipal doch noch zu der Einsicht kommen, daß es mit die eingerichteten und besten Kräfte waren, die er entließ, zumal er selbst zugegeben hat, daß unter den N.-B. minderwertige Kräfte seien. Bei den Firmen Horn & Lehmann und Heintze sind die tariflichen Verhältnisse aufs beste geregelt, letztere hat sogar vier Tage Ferien bewilligt.

Karlsruhe. Der Maschinenlegereverein Bezirk Karlsruhe hielt am 6. September im benachbarten Baden-Baden eine von den Mitgliedern beinahe vollständig besuchte Bezirksversammlung ab, zu der auch der Bezirksvorsteher Rixten erschienen war. Aus den von Kollegen der einzelnen Druckereier erstatteten Situationsberichten ging hervor, daß die Verhältnisse im allgemeinen zu Klagen keinen Anlaß geben. Kollege Scheidegg hielt einen sehr interessanten Vortrag über: „Das Blei, seine Zusammenfassung und Verwendung“. Der Vortragende wußte sich seiner Aufgabe in feierlicher Weise zu entledigen, wofür ihm am Schluß von Seiten der Versammlung reicher Beifall spendet wurde. Den Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung bildete die Besprechung mehrerer Anfragen technischer Inhalts. Der Nachmittag wurde zu einem Spaziergang in die Umgebung der schönen Bäderstadt benutz.

W. Weisfeld. Am 12. September fand im Vereinslokal eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung der tariftreuen Gehilfen des Bezirks des Kreises II. statt. Selbst wie einen ziemlich guten Besuch auf. Von den wenigen noch, aufnahmefähigen Nichtmitgliedern war keiner erschienen. Der erste Punkt betraf Aufstellung eines Kandidaten als Gehilfenvertreter für den Tarifkreis II. Einstimmig wurde der jetzige Gauvorsteher Emil Albrecht nominiert. — Hieran anschließend fand die Monatsversammlung statt, wo nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen der Anschluß an die Zentralbibliothek der Gewerkschaften beschlossen wurde. Hier soll den Mitgliedern eine reichhaltige und vielseitige Leseflektüre geboten werden, da unsere jetzige Bibliothek den Ansprüchen nicht gerecht wird. Da Kollege Graßmann (Essen) anwesend war, wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung verschoben. Das Uchtedsreferat des Kollegen Graßmann über „Die Lehren von Köln und Hamburg“ wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Redner empfahl noch besonders die Protokolle der Tagungen zu eifrigem Studium. Der Vorsitzende stattete dem Referenten für sein lehrreiches Referat den Dank der Versammlung ab und wünschte, daß seine Tätigkeit im Zentralvorstand eine ebenso erfrischliche sei wie im Gau. Kollege Graßmann hob in seinem Schlussworte besonders hervor, daß man jede Forderung unter Kollegen beinhalten und sich stets gegenseitig zu verhalten besträbt sein möge. Seine Ausführungen schloß selber mit einem Hoch auf den Verband. Die Versammlung hatte ihr Ende erreicht und bei Gesangsvorträgen der Typographia verließ man noch einige gemüthliche Stunden beimessen.

Ludenwalde. Am 6. September wurde die zweite Bezirksversammlung des Bezirks Potsdam hier abgehalten. In der Versammlung, die sehr gut besucht war, fehlten Belitz (ein Mitglied) und Wedder (sieben Mitglieder). Als Gäste waren anwesend die Kollegen Kirchner (Stettin), Janz (Spandau), Jordan (Brandenburg) und Wiedemann (Potsdam). Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden, Begrüßung durch den Ludenwalder Ortsvorsteher sowie Vortrag eines Begrüßungsliedes des hiesigen Arbeitergenossenschafts wurden der Kassierbericht sowie die Berichte der Vertrauensleute gegeben. Bei Neubabelsberg entspann sich eine längere Debatte. Anlaß dazu gab der bereits im „Korr.“ erwähnte Streit um den Jahresbericht im Gauberichte betreffend die zahlreichen Überstunden bei Zimberg & Zeffon. Der jetzige Vorstand konnte die in dem Berichte des Kollegen Seidenberg mitgetheilten Tatsachen nicht widerlegen, er bemängelte aber die Form desselben. Kollege Kirchner bedauerte, daß sich Vereinsfunktionäre auf diese Weise vor der Öffentlichkeit herunterzweifen versuchten; es habe fast das Aussehen, als wenn der neue Vorstand die leidige Überstundenfrage unterfütten wolle. Unverständlich sei es aber, wie sich Kollegen finden könnten, die eine einstimmig beschlossene Maßregelung eines Kollegen durch das Schiedsgericht als „Fehlgrupp“ hinzustellen suchten. Das wären traurige Mitglieder, die sich noch dazu in Vertrauensstellungen des Geschäfts fänden. In Trebbin sind die Reverse aus der Konfliktzeit zurückgezogen und Ferien in Aussicht gestellt. Der Vorstand wurde per Affirmation wiedergewählt. Zum Punkte: „Besprechung über die Teilung des Obergaues“, hielt Kollege Kirchner das einleitende Referat, dessen Hauptpunkte in einem besonderen Rundschreiben des Gauvorstandes vom 1. September niedergelegt sind. Der zu Dstern d. J. in Frankfurt a. O. stattgehabte 21. ordentliche Gattag hatte folgende Resolution angenommen: „Der 21. ordentliche Gattag des Obergaues erklärt sich im Prinzip für eine Teilung des Obergaues. Zur sachgemäßen Abgrenzung der beiden Hälften wird der Gauvorstand beauftragt, sich mit dem Zentralvorstand unter Hinzuziehung der Bezirksvorsteher des Gaues in Verbindung zu setzen und nach den Ergebnissen der Generalversammlungsbeschlüsse in dieser Frage die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“ Die Generalversammlung hat aber in dieser Angelegenheit keine definitiven Beschlüsse gefaßt, auf der anderen Seite ist das erstmal die Wahl des Vorstandes nach dem

Gattage nur eine provisorische, zweitens macht sich in der Erledigung der Geschäfte eine Unterbrechung unbedingt notwendig. Es wurde deshalb auf Antrag Potsdam beschlossen, den Gauvorstand zu erwählen, die Teilung des Obergaues auf der beschlossenen Bezirksvorsteherkonferenz (eventuell jeder Bezirk zwei Vertreter) zu erledigen und den Entschluß durch Urabstimmung herbeizuführen. Die Beanttragung eines außerordentlichen Gattages wurde abgelehnt. Für die Reorganisation des Obergaues kommen fünf Vorschläge in Betracht: 1. Einverleibung der im Vorortverkehr liegenden Druckereier in den Gau Berlin; 2. Anstellung eines besoldeten Gauvorstehers; 3. Verlegung des Vororts in die Nähe von Berlin und eventuell Errichtung einer Verwaltungsstelle (besoldeter Gauverwalter) in Berlin; 4. Teilung des Obergaues in die Provinzen Pommern und Brandenburg und endlich 5. Teilung des Obergaues, indem Vor- und Hinterpommern sowie die Bezirke Eberswalde und Frankfurt a. O. den „Obergau“, und die übrigen Bezirke den „Spree-Haselgau“ bilden. Alle diese Vorschläge soll die Bezirksvorsteherkonferenz prüfen und Vorschlag 2 zur Urabstimmung stellen. Der nächste Bezirkstag findet in Potsdam statt.

e. Merckfeld. Nach sehr selten hat der Name Merckfeld den „Korr.“ geziert; diesmal fühlen wir uns gezwungen, den Raum desselben in Anspruch zu nehmen. Da der bisherige Vorsitzende Freyhel fortzog, wurde Kollege Eisele als folgender gewählt. In der gleichen Versammlung wurde auch beschlossen, an die hiesigen beiden Druckereier das Ersuchen zu richten, die bisherige neun-einhalbstündige Arbeitszeit auf neun Stunden zu ermäßigen, welchem Verlangen die Buchdruckerei Schönebeck („Oberbad. Grenzboten“) stattgab, während der Geschäftsführer und Redakteur Zimmermann des ultramontanen „Heuberger Volksblatt“ es nicht einmal für notwendig erachtete, uns wenigstens eine Antwort zu geben. Wie an anderen Orten, so muß auch hier darüber Klage geführt werden, daß es Kollegen gibt, die interesselos der ganzen Verbandsache gegenüberstehen. Gerade hier, wo so eine kleine Mitgliederzahl ist und die Verhältnisse sehr taurige sind, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, die Versammlungen zu besuchen und mitzuarbeiten an der Verbesserung unserer Lage und sich nicht als Handlanger solcher Arbeitgeber herzugeben.

b. Ohligs. Die hiesige Kollegenchaft trat am 13. September vormittags zu einer Versammlung im Lokale des Kollegen Wilh. Franz in Merckfeld zusammen. Der Zweck dieser Zusammenkunft galt im besonderen der Gründung eines Ortsvereins Ohligs. Von 14 Mitgliedern des Verbandes waren 11 der sie ergangenen Einladung gefolgt. Nach längeren Beratungen und erheblichen Debatten kam die Gründung des Ortsvereins zustande, denn alle Kollegen waren begeistert in dem Entschluß, das Berufsleben auch bei den hiesigen Kollegen nach zu halten und zu fördern. „Hoffentlich“ sagt der Ortsverein Ohligs festen Fuß, damit die endlosen Bemühungen einiger Kollegen von Erfolg sein werden. U. a. erfolgte die Vorstandswahl, aus welcher folgende Kollegen hervorgingen: Vorsitzender und Kassierer: F. Wocholt, Schriftführer: Wilh. Franz. Nach zwelfstündiger Tagung wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Das Vereinslokal wurde im Restaurant des Kollegen Franz besaßen.

Brandenburg. Mangel an der Öffentlichkeit interessierenden Ereignissen bedingt, daß der Name vorstehenden Städtchens nur selten an dieser Stelle vorzufinden ist. In unserer letzten Versammlung konnten wir die Aufnahme zweier Kollegen, eines Maschinenlegers (bisheriger Gutenbergbündler) und eines Maschinenmeisters vollziehen. Wenngleich dies immerhin als ein kleiner Fortschritt zu betrachten ist, wird es doch noch mancher Arbeit bedürfen, ehe die Verhältnisse als gute zu bezeichnen sind. Von den drei hiesigen Druckereier scheidet die Druckerei des „Brandenburger Tageblatt“ (Kasse) gänzlich aus. Nach wie vor erwirbt der Beisitzer sich zeitgemäßen Reformen in bezug auf Tarifanerkennung usw. abhold und einige „Wilde“ nebst paar „Seherinnen“ leisten ihm in Ignorierung des Tarifs Miße. Der Wechsel am Orte war ein verhältnismäßig starker. Wir hoffen, daß mit der Bemehrung unserer Zahl um zwei ein Schritt zur Besserung der nicht gerade glänzenden Lage der Buchdrucker am Plage vorwärts getan ist.

Wom Schwärzwalde. Nachdem schon vor zwei Jahren die Druckereier von Aufschwüngen, Fortwängen und Hüngen infolge nummehriger besserer Zugerbindungen vom Bezirke Laub losgetrennt und dem Bezirke Freiburg i. Br. zugeteilt wurden, hat auch der heutige Gattag den Druckereier Bonndorf i. Schw. (bisher zu Vörsach gehörig) aus demselben Grunde dem Bezirke Freiburg i. Br. angeschlossen. Daß diese veränderte Einteilung der genannten Bezirke eine glückliche war, hat sich in der steten Mitgliederzunahme gezeigt; denn die betreffenden Druckereier konnten nun von Freiburg aus besser bearbeitet werden. Auch in tariflicher Beziehung sind bedeutende Erfolge zu verzeichnen, indem jetzt überall der Tarif schriftlich anerkannt ist und auch danach entlohnt wird. Nur in Bonndorf, das erst seit 1. Juli d. J. zum Bezirke Freiburg gehört, sind noch einige Mängel zu verzeichnen, und möchten wir die Kollegen aufmerknen machen, daß sie sich bei etwaigen Konditionsangeboten aus den obigen Druckereier nicht mehr nach Laub oder Vörsach, sondern an den Bezirksvorstehenden F. Müller in Freiburg i. Br., Bernharthstraße 7, wenden.

S. Stade. Die am 12. September im Vereinslokal abgehaltene Monatsversammlung war von 19 Kollegen besucht. Nachdem verschiedene Vereinsangelegenheiten erledigt, fand noch ein weiterer Punkt der Tages-

ordnung: „Anschluß an das Gewerkschaftsstatut“, seine Erledigung. Der Vorsitzende empfahl in kurzen Worten den Anschluß an das Gewerkschaftsstatut und teilte ferner den anwesenden Kollegen mit, wie hoch sich der monatliche Beitrag belaufen würde. Hierauf kam es zur Abstimmung und es wurde dieser Antrag mit 11 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ferner beschloß die Versammlung, für die durch den Brand in Donaueschingen geschädigten Kollegen 15 Mark aus der Ortsvereinskasse zu bewilligen. An diese Versammlung schloß sich noch eine Abschiedsfeier für drei Kollegen, die nächsten Monat zum Militär eingezogen werden. Beim Fäßchen Bier, heiterer Stimmung und Überladung einer Pfeife mit Tabak an die drei „Rekruten“ wurden noch einige recht vergnügte Stunden verlebt.

Stuttgart. (Württembergischer Korrektorenverein.) In der am 12. September abgehaltenen Versammlung wurde zunächst das Andenken eines verstorbenen Mitglieds in der üblichen Weise geehrt. Sodann erfolgte die Aufnahme zweier Kollegen. Unter „Vereinsmitteilungen“ kam u. a. der gegenwärtige Stand der Einigungsverhandlungen zwischen den verschiedenen Zentralkommissionen und dem Verbandsvorstand zur Sprache. Aus dem Halbjahrsberichts des Kassierers war zu entnehmen, daß das Vereinsvermögen gegenwärtig 156 Mk. beträgt. Freudig begrüßt wurde die Nachricht, daß seitens der Mitgliedschaft Stuttgart in nächster Zeit ein Vortrag über die neue Weltsprache Esperanto veranstaltet wird. Im Interesse rascher Zirkulation der Zeitschriften wurden die Mitglieder ersucht, auf rechtzeitige Weitergabe bedacht zu sein. Für den Reudruck des Statuts fand der vom Ausschuss vorgelegte, mit den nötig gewordenen Änderungen versehene Entwurf die Zustimmung der Versammlung. Über den geplanten Besuch des Marbacher Schillermuseums wird an die Mitglieder nähere Mitteilung durch Zirkular erfolgen. Die Bepfropfung einiger von einem Mitgliede gestellter Fragen aus dem Gebiete der Rechtschreibung bildete den Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Bilzingen (Baden). Die am 12. September abgehaltene Versammlung des hiesigen Ortsvereins war u. a. auch mit einer kleinen Abschiedsfeier verbunden, denn nicht weniger als sieben Kollegen von fünfzehn verlassen in den nächsten Tagen hiesige Stadt. Dieser große Wechsel hier beweist, daß die Kollegen zum Teil mit den Verhältnissen hier nicht zufrieden sind und sie sich einen besseren Wirkungskreis wählen. Im Erfolg für die Abreisenden fehlt es nicht, denn nach Aussage der Firma Gölzacher soll diese auf ein Sehergeheimnis im „Mtg. Anz.“ 81 Offerten erhalten haben; wir glauben dies natürlich nicht, denn eine solche Anziehungskraft hat die Firma Gölzacher nicht. Leider wird in ganz seltenen Fällen Erfindung über die hiesigen Verhältnisse eingeschoben und haben die Kollegen selbst die Konsequenzen zu ziehen.

Zittau. Die Monatsversammlung vom 12. September war ausnahmsweise gut besucht. Zunächst gedachte der Vorsitzende Klappe des Ablebens des ehemaligen Kollegen (zuletzt Gastwirt) Reinhard Heinrich Dietrich, die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten kam man zum Punkte „Geldbewilligung für eine Renovation des Volkshauses“ und bewilligte, von der Notwendigkeit einer Renovation der Lokalitäten überzeugt, 100 Mk., ebenso für eine vom Gewerkschaftsstatut zu errichtende Wärmestube für Arbeitslose 25 Mk. als Beitrag zu den Unterhaltungskosten. Den Schluß der Versammlung bildeten interne Vereinsangelegenheiten. Möchte die Kollegenchaft Zittaus immer so zahlreich die Versammlungen wie dieses Mal besuchen, dann dürfte wieder ein gesunder Geist und wahre Kollegialität Boden gewinnen!

Zwidauer. (Der bliamierte Europäer.) Ein tagen-jährliches Geschreibsel aus der Feder des durchgefallenen Überbrückungsleiters Hoffjäß in Nr. 37 des „Typograph“ gibt den Bundesmitgliedern Kunde von dem neuerlichen Abbröckeln vom „Janzen“ in Zwidau. Der ganze Woll über die erlittene Niederlage wird darin auf die gewesenen Bündler losgelassen und ihnen jede moralische Qualifikation abgesprochen. Um diese „gesinnungslumpigen Lahmen“ aber behalten zu können, bräute der Bund in letzter Stunde noch ein großes Opfer: die Reise von zwei kleinen Bundesgrößen und des Bundesheiligen Hoffjäß nach Zwidau. (Wie reimt sich das zusammen?) Daß das Opfer vergebens gebracht war, lag daran, daß diese Kollegen eben jeden Glauben an die Existenzmöglichkeit des Bundes verloren hatten. Hoffjäß bezeichnet dieses Erkenntnis als „Hoffnungslose Jammermeierfestimmung“. Da aber, wie er selbst zugibt, auch anderwärts, so in Meissen und Weissenfels, derselbe Zweifel an der Zukunft des Bundes zum Austritte geführt hat, so ist ohne weiteres anzunehmen, daß diese Jammermeierfestimmung den ganzen Bund beherzigt, welche denn auch jeden agitatorischen Funken auslöscht. Angesichts dieser Stimmung hatte es der „Vorsitzende des Zwidauer Verbandsortvereins“ daher gar nicht nötig, ein Referat über das halbjährliche Auslösen des Bundes zu halten, sondern es bedurfte nur der Erörterung der ibertrittsbedingungen, welche in fünf Minuten gegeben war. Die an das angeblühte Referat geknüpften Deduktionen sind daher nur der Phantasie des Hoffjäß entsprungen. Wenn nun aber nach dem „Typograph“ die Faktoren in Zwidau, Meissen und Weissenfels diejenigen gewesen sein sollen, welche das Rechenexempel aufgestellt haben, daß es mit dem Bunde zu Brüche geht, so macht ihnen dies alle Ehre, denn sie haben dadurch bewiesen, daß sie über einen scharfen Blick und ein gesundes Urteilsvermögen verfügen. Sehr ver-

ärgert erzählt Hoffjäß dann weiter, daß die übrigen Bündler nur auf Befehl eben dieser Faktoren in den Verband übergetreten seien. Diese Offenbarung ist aber für den Bund und seine Leitung viel blamabler als für die übergetretenen Mitglieder, denn damit wird zugegeben, daß es dem Bund in den zehn und mehr Jahren, welche diese Mitglieder dem Bunde angehört haben, nicht möglich war, sie zu rüchgratigsten Männern heranzuziehen. Despaß muß sich der Verband nunmehr bescheiden, das nachzuholen, was der Bund bisher veräußert hat. Wie übrigens Hoffjäß dem Vorsitzenden des ehemaligen Zwidauer Bundesvereins einen Vorwurf daraus machen kann, daß er die Überleitungsarbeiten in aller Stille betrieb, ist uns unerfindlich, da er doch nur im Auftrage seiner Mitglieder gehandelt hat. Sollte er vielleicht erst um die Erlaubnis zum Übertritte beim Bundesvorstand eingekommen sein, ehe er die Überleitungsarbeiten aufnahm? Für so naiv sollte man doch niemand halten. Der Bundesvorstand erfuhr die Sache hinterher noch zeitig genug, da doch nichts mehr daran zu ändern war, wie Hoffjäß selbst resigniert zugestehet. Das Köstlichste an dem Bericht ist aber die bombastische Versicherung, daß der Ortsverein nicht aufgelöst wird, weil ihm noch drei überzeugungstreue Mitglieder geblieben sind. Wie man aber ohne Mitglieder einen Ortsverein aufrecht erhalten will, bleibt allerdings Geheimnis des gewerkschaftlichen Strategen Hoffjäß. Das eine Zwidauer Mitglied ist nämlich gar kein Buchdrucker, sondern Hilfsarbeiter, das im Verbands nie und nimmer Ausnahme finden wird. Das andre steht in Kirchberg und das dritte in Chemnitz. So setzt sich jetzt der „Zwidauer Ortsverein“ zusammen! Das ist doch zum Lachen. Diese Tatsache beweist wenigstens, welche Bedeutung den Bundesortvereinen beizumessen ist. Gerabegu zum Schreien ist es aber, wenn Hoffjäß den Zwidauer Hilfsarbeiter als „agitatorische Kraft“ hinstellt, die sich zu unternehmen getraut, neue Bundesmitglieder einzufangen. Wenn solche arme Hascherln als Agitatoren ausziehen, dann wird der Bund freilich noch viel früher fertig als sonst, und er kann sich dann lieber heute als morgen begraben lassen. Der Kirchberger, welcher übrigens in seinem Wirkungskreise genau zu tun vorfände, wenn er Courage hätte, und der Chemnitzer werden aber die Hände davon lassen, wenn sie sich einmal die Finger hier verbrannt haben. Irgendwas gibt es in Zwidau jetzt nichts mehr zu holen, da hat überall schon der Verband seine Hand darauf gelegt. Und daß Hoffjäß Verbandsmitglieder für seinen Wechselbalg vom Bund gewinnen könnte, glaubt er doch selbst nicht. Wenn ja, dann bangt uns um seinen Verstand. Zum Schluß sei noch gesagt, daß Hoffjäß es gar nicht nötig hat, andre Leute moralisch zu disqualifizieren, denn die blünderische Handlungsweise ist mit Schutzigkeit noch nicht scharf genug bezeichnet. Von Bundesseite wurde nämlich die Nummer des „Typograph“, in welcher die Hoffjäßsche Veremide über Zwidauer enthalten ist, blau angegriffen dem Prinzipal der Ausgetretenen zugesandt, doch nur in der verweirlichen Absicht, dieselben, hauptsächlich aber den bösen Faktor, beim Prinzipal anzugreifen. Doch auch diese „Geldentat“ hat daneben gebauet, ebenso wie die Überbrückungsstunt des „großen“ Hoffjäß. Somit geht er samt seinem Bund auch bei diesem Intermezzo als blamiertem Europäer hervor.

Rundschau.

Ferien! Ihrem Gesamtpersonale bewilligte die Firma Johs. Wollmann in Kiel drei Tage Urlaub, und zwar ohne Kravengzeit.

Eine Ferienentziehung ist ebenfalls aus Kiel zu melden. Sie betrifft die Druckerei L. Handorf, die zu ihren früheren, im „Korr.“ gebührend erwähnten Leistungen auch noch diese glaubte hinzuzufügen zu müssen.

Der „Bundesvater“ Herrmann beglückt uns wiederum mit einer Verächtigung, in der es in bezug auf unsre Frage nach der Tarifanerkennung bei Krausened heißt: „Die Redaktion würde es einfacher und sicherer haben erfahren können (da sie mir ja doch nicht glaubt), wenn sie sich direkt an das Tarifamt gewandt hätte. Dann hätte sie erfahren, daß die Anerkennung anfangs August (1. August habe ich nie gesagt) erfolgt ist. Das Tarifamt schreibt der Firma Krausened unterm 9. September: „Wenn bisher die Veröffentlichung Ihrer Firma unterblieben ist, so geschah dies deshalb, weil wir in Rücksicht auf die bisher tarifwidrigen Verhältnisse Ihrer Firma Proteste gegen die Aufnahme derselben zu erwarten hatten, weshalb wir es vorzogen, unsre Kreisvertreter mit näheren Erkundigungen zu beauftragen. Aus einem Schreiben der Kreisvertreter vom 20. August haben wir entnommen, daß die Herren mit Ihnen noch in Verhandlung stehen, um die nötige Klarheit zu schaffen. Diesen Bescheid müssen wir vor Veröffentlichung Ihrer Firma noch abwarten.“ — Was will also Herr Herrmann? Wir haben lediglich gesagt, daß es mit der Tarifanerkennung bei Krausened „einen Haufen“ hat. Das bestätigt das von Herrmann wiedergegebene Schreiben des Tarifamts. Was will er also? Auf unsre übrigen schweren Vorwürfe erwidert Herr Herrmann: „Die andren Ausführungen des „Korr.“ sind für mich gegenstandslos geworden, nachdem dieselben seit Jahren erledigt sind.“ Mit andren Worten: Recht hat der „Korr.“, aber mir ist es unangenehm, darauf einzugehen. Womit auch wir Befriedigt sind. — Nachträglich sendet uns Herr Herrmann ein weiteres Schreiben des Tarifamts vom 14. September: „Wenn sich die Erledigung der Aufnahme Ihrer Firma in die Tarifgemeinschaft verzögert hat, und

wenn Sie in der Zeit vom 21. August bis 11. September eine weitere Zuschrift des Prinzipalvertreters nicht erhalten haben, so hat diese Verzögerung ihren Grund in der Erkrankung des Prinzipalvertreters, der wochenlang nicht tätig sein konnte. Wir haben dem Kreisvertreter Ihre Zuschrift vom 11. d. M. zur Kenntnisnahme übermittelt.“ Nun ist zweifellos erwiesen, warum die Firma Krausened seit Intraftreten der Tarifgemeinschaft — 1. Juli 1896 — bis heute noch nicht im Tarifverzeichnis steht!

über allerlei Erfindungen für das Buchdruckgewerbe konnte man in den letzten Wochen in der Tagespresse die erstaunlichsten Dinge lesen. Da stand unser Gewerbe nicht nur einmal wieder vor einer vollständigen Umwälzung. Das wenig kritische Publikum der Zeitungen wird häufig wohl beim Lesen der sensationellen Meldungen von diesen ingenieusen Erfindungen das Gefühl gehabt haben, als wären die Buchdrucker mit ihrer umständlichen Arbeitsmethode doch wahre Esel, denn sonst wären sie schon längst auf diese handgreiflichen Vereinfachungen gekommen. Die Fachpresse steht solchen Nachrichten von technischen Erfindungen hingegen sehr kühl gegenüber, so sehr sie auch für jeden praktischen Fortschritt zu haben ist. Es ist also keineswegs eine Vernachlässigung ihrer Aufgaben, wenn sie nicht immer oder nicht immer sogleich zu jeder auftauchenden Erfindung oder Verbesserung das Wort nimmt. Der „Korr.“, der kein fachtechnisches, sondern ein fachgewerbliches Blatt ist, kann sich dieser seiner Bestimmung gemäß noch weniger in das unabhäufbare Gebiet des Erfindergeistes verlieren. Aber trotzdem hält er es für seinen Aufgaben entsprechend, wenn dann und wann in seinen Spalten die Meinung der Gesellschafter zum Ausdruck kommt über das, was an brauchbaren Erfindungen für unser Gewerbe herauskommt sowie auch über das, was nichts als sensationelle Reklame ist für absolute Unmöglichkeiten oder wertlose Nützlichkeiten. In der heutigen Nummer fallen zwei Kollegen in besonderen Artikeln ihr Urteil über je eine Erfindung und Neuerung, wir wollen dem nächstehend noch eine Blumenlese anschließen, dabei aber auch aussichtsfullere Erscheinungen mitervähnen. Durch die „Berliner Allgemeine Korrespondenz“ hat die Beschreibung einer die Gutgläubigkeit der Leser in stärkstem Maße beanspruchenden Erfindung eines Wiener Journalisten namens Wolf Genzsch Eingang in eine große Zahl von Zeitungen gefunden. Es handelt sich um eine Schreibmaschine, durch welche stereotypfähige Matrizen ohne Hand oder Maschinenlauf hergestellt werden. Die alles Dawegewesene natürlich weit hinter sich lassende Genzsch Erfindung soll in Deutschland und anderen Ländern bereits patentiert sein. Genzsch selbst nimmt den Mund sehr wohl bei Schilderung seines Monopulsultras an Einfachheit und Willigkeit. Mit der neuen Schreibmaschine, sagt er, ist es möglich, beliebige Schriftarten anzuwenden ohne irgendwelche unständliche Manipulationen. Die Maschinen enthalten 10, 20; 50 (?) und mehr Schriftarten, ohne daß die Maschinen dadurch eine nennenswerte Vergrößerung zeigen. Mit einem einfachen Druck erscheinen neue Typenarten auf den Schreibhebeln, und die Schreibfläche rückt nur um so viel vor, als die Buchstabenbreite es erfordert; hierbei werden die Typen gleichmäßig in die Matrize eingepreßt. Ohne Schwierigkeiten erfolgt die Ausrichtung der Schriftzeilen, die Regulierung der Zeilenbreiten und Zeilenlängen, die figurale Ausgestaltung des einzuprägenden Satzes, werden die Korrekturen auf der Matrize vorgenommen, der fertige Seitenatz erforderlichenfalls zu neuen Seiten umgestellt und dies viel schneller und sicherer als beim Weisage und trotz sofortiger Stereotypfähigkeit. Durch die Anwendung einer größeren Takatur ist vorgesehen, die am häufigsten vorkommenden Silben und Endungen mit einem Drucke herzustellen, so daß die Leistungsfähigkeit eines Arbeiters auf 50000—60000 Buchstaben in der Stunde steigt, und mithin ein Arbeiter in der Stunde mehr als 600 Druckzeilen von je 12 Zentimeter Breite ohne sonderliche Anstrengung bei glattem Satze herzustellen vermag (?). Was nun die Vorteile der Maschine als Schreibmaschine anbelangt, so besteht diese in der Herstellung jeder Schreib- oder Druckchrift in genau demselben Wille, wie es die Schrift oder der Druck bietet und in der außerordentlichen Schnelligkeit infolge der Silbenverwendung, so daß die Schreibarbeit auf ein Zehntel von jener Leistung herabsinkt, die heute ein stinker Maschinenreiber zu vollbringen imstande ist. Künftighin wird es dem Schreiber möglich sein, einem Diktat von 70—80 Worten in der Minute unschwer folgen zu können, was der Leistung eines mittelmäßigen Stenographen entspricht. Mit nur wenig verminderter Geschwindigkeit wird die Herstellung der zur Stereotypie geeigneten Matrize stattfinden. Titelschriften, Zierchriften, Bignetten und Hieraten kann der Schreiber anwenden, und jede neue Schriftart erscheint auf sämtlichen Typenrädern mit einem einzigen Griff an einem eignen Typenregulator. Man ist sprachlos, was da dem unkundigen Leser alles aufgeschwatzt wird. Einem Fachmann aber sträuben sich förmlich die Haare über die spielend zu bewältigende Leistungsfähigkeit des Genzsch'schen Phantastapparats. Ein Mitarbeiter der „Zeitschrift“ aber hat eine andre Meinung darüber, was Herr Genzsch durch ein Korrespondenzbureau der aufgehobenen Welt als das großartige Produkt seines Geistes mitzuteilen weiß. Dieses Urteil fällt, wie wir gleich sehen werden, weniger verheißungsvoll für die Genzsch'sche Erfindung aus: Die Prägemaschinen bedeuten keinen Fortschritt gegenüber den Segmaschinen, sie bilden vielmehr die Vorläufer dieser. Maschinen zum Prägen der Matrizen haben aus mannigfachen Gründen seither keinen Eingang in die Praxis gefunden. Zunächst erfordern sie ein stets zeit-

raubendes Abzählen und mühsames Berechnen der zu legenden Typen, auch reichten sich seither bei diesem Verfahren die Typen nicht typographisch korrekt, d. h. nach dem heute allenthalben geltenden System Didot, aneinander. Es ist aber immerhin möglich, daß Herr Genshach diese Probleme in genialer Weise gelöst hat; bis jetzt verlautet darüber nichts, und es bleibt näheres abzuwarten. Es ist jedoch schwer denkbar, denn die Frage des Ausschusses hat seither selbst noch kein Segmaschinentypen vollständig gelöst. Um geistreichsten, wenn auch sehr kompliziert, wird noch das System der Einzelbuchstaben- und -segmatische Monotype Herr dieser Frage, indem dem Seher vor Schluß der Zeile auf einem Rechenapparat angezeigt wird, wieviel Zwischenräume er noch einzufügen hat. Das wäre nun auch im Notfall an der Maschine des Herrn Genshach anbringen. Woran aber sein System auf jeden Fall scheitern muß, und worüber auch die Beschreibung keinen Zweifel läßt, das ist: daß die mit der Maschine gefertigten Matrizen, bevor sie druckfertig sind, zunächst in Platten umgegossen werden müssen. Das ist eine Unmöglichkeit, eine Kostenverursachung und eine Zeitvergeubung, die Zeilengießmaschinen aller Systeme längst überwunden haben, indem sie sofort druckfertigen Satz liefern. Höchstens bei der Rundstereotypie für Notationsdruck dürfte das in besonderen Fällen nicht genieren, aber bei jedem andern Druck bedeutet das einen Rückschritt in den Beginn der 1870er Jahre. Solange Herr Genshach nicht erfunden haben wird, daß seine Matrizen direkt als druckfertige Platten Verwendung finden können, wird seine neue Maschine nicht aus dem „Kin der Versuchung“ herauskommen. Wir glauben bestimmt, die Folgezeit wird nicht Herrn Genshach, sondern seinem Kritiker in der „Zeitschrift“ recht geben. — Von im Auslande auftauchenden Segmaschinentypen werden auch wahre Wunderdinge erzählt. Wir beschränken uns auf die Mitteilung, daß eine neue Buchstaben- oder Zeilengießmaschine von J. Stamm in Stuttgart bereits durch vier Patente geschützt worden ist. — Eine neue Buchstaben- und Segmaschine vom Faktor Kienast, die zur Bedienung nur einer Person bedarf, ist erst zum Patent angemeldet worden. — Die amerikanische Linotypegesellschaft hat ein Patent erhalten auf eine Matrizen- und Zeilengießmaschine mit zwei je ein Matrizenmagazin tragenden Rollen. Mit dieser Erfindung wird eine leichte und schnelle Herausnahme eines Magazins unabhängig von andern angestrebt, damit es durch ein andres ersetzt werden kann, das andre Matrizen enthält. Das Fernwert, das zur Auslösung der Matrizen aus den Magazinen dient, ist zu diesem Zwecke zwischen den Magazinen am Hauptgestell so angeordnet und befestigt, daß ein Magazin, während das andre in wirksamer Stellung bleibt, ausgewechselt werden kann. — Über „Permanent“, eine Neuerung an den Segmaschinen, schreibt man uns aus Fachkreisen: Das Kempener in Nürnberg hat unter dem Namen „Permanent“ einen selbsttätigen Kesselfüllapparat auf den Markt gebracht, der an allen Segmaschinen anzubringen ist und dem die wunderbaren Eigenschaften — angeblich werden. Nach einem uns vorliegenden Schreiben (an die Prinzipale) eines Vertreters dieser Firma hat der Apparat folgende Vorteile aufzuweisen: 1. eine Gasersparnis von 25 Proz.; 2. Schonung der Matrizen; 3. Vermeidung von Reparaturen (!) an der Segmaschine; 4. wird die Befestigung von Gestalten an der Maschine eine weit geringere; 5. Erhöhung der Leistungen des Segers bis zu 25 Proz. (Auch die „Zeitschrift“ brachte letzthin einen solchen anpreisenden Artikel). Donnerwetter! So'n Ding müßte sich eigentlich jeder Prinzipal, der im glücklichen Besitz einer Segmaschine ist, anschaffen, und das Problem: „Wie man reich wird!“ wäre gelöst. Ferner wird gesagt: „... Die Maschinenleger allerdings wittern in der Anschaffung des Apparats leicht eine Maßnahme, die ihre Arbeitsleistung steigert — was sie auch soll und muß — und bürsten daher hier und da Einwände erheben!“ „Spriger“, die so viel gehästen und zeitraubenden Störungen an den Maschinen, „sind nunmehr vollständig ausgeschlossen“. Trotzdem wollen aber die Maschinenleger von dem neuen Apparate nichts wissen? Sekulianum und Pompeji! Sind diese Kerls aber eigenfinnig! Es grenzt doch wirklich ans Wunderbare, was dieser selbsttätige Kesselfüllapparat „Permanent“ alles vermag: durch das bloße Hineinplumpsen einer Zeile in den Gießkessel (bei jeder Umdrehung der Maschine) erspart der Prinzipal Gas, Reparaturen, Matrizen, Reserveteile und — erhält noch obdenn ein paar hundert Zeilen mehr pro Tag vom Segler! Man sollte es kaum für möglich halten, daß versucht werden kann, solche kinderlichen einem kundigen Geschäftsmanne vorzumachen. Es ist doch allen Ernstes zu betonen: Wenn sich wirklich Maschinenleger „weigerten“, einen solchen Apparat an der Maschine anbringen zu lassen, dann täten sie es lediglich, um ihrem Prinzipale die Ausgabe von 300 Mk. (so viel kostet der Apparat) zu sparen. — Für Schriftgießereien bestimmt ist eine neue Gießmaschine des Faktors Medel in Leipzig. Sie weist zunächst eine doppelte Anordnung von Wälzrollen (Kesseln) auf, welche eine bedeutend größere Heizfläche als sonst bieten und dadurch das Gießen von schwer schmelzenden neuen Metallen ermöglichen. Die Medelsche Gießmaschine ist deshalb nicht nur für den Guß der neuen, aus Stahlaluminium bestehenden Wälzrollen, sondern auch anderer Preßgüßtypen sehr geeignet. Denn es wird bei dieser Maschine durch einen eigenartigen Mechanismus im Moment des Gusses auch gleichzeitig gepreßt, so daß also Preßgüßtypen hergestellt werden, zu denen härtere Metalle als sonst üblich verwendet werden können. Schließlich kann die neue Medelsche

Gießmaschine auch für elektrische Heizung eingerichtet werden. Alle diese Neuerungen und Vorteile würden sich, wie behauptet wird, auch bei Komplettschneidmaschinen anbringen lassen. Die zum Patent angemeldete Erfindung Medels wird höchstwahrscheinlich noch in diesem Jahr im Buchgewerbe museum zu Leipzig in Betrieb gezeigt werden. — Über Giltes Staffelfleg, ein von dem bekannten Kollegen Giltis in Wachen konstruierter verschiebbarer Bleisteg, konnten wir noch nichts Näheres in Erfahrung bringen.

Die Suche nach Gelbmännern von seiten des in Nr. 108 der allgemeinen Vorfrist empfohlenen Herrn Kluge wird munter fortgesetzt. In einer Halberstädter Zeitung wird nämlich ein Generalvertreter für die Provinz Sachsen zum alleinigen Vertreter einer „zugkräftigen Kontor- und Bureauzeitung“ von H. Kluges Verlag, Leipzig-St., Gabelsbergerstraße 9, gesucht. 5000—7500 Mark Einkommen werden versprochen, aber 4000—6000 Mk. zum Hineinbuttern von dem „Generalvertreter“ verlangt. Wir bezweifeln, ob sich jetzt ein zweiter Schieb Karl austreiben läßt.

Daß der Fußballsport auch Gefahren birgt, sollte ein Kollege (Maschinenleger) in Nürnberg erfahren, dem durch einen unglücklichen Ballwurf ein Unterschenkel gebrochen wurde.

Eine kaum mögliche Staatsanwaltschaftliche Leistung ist von Leipzig zu berichten. Der Geschäftsführer der „Leipziger Volkszeitung“ und der sozialdemokratische Vertrauensmann in Wurzgen erhielten Anlagen wegen Verlegung des § 19 in Verbindung mit dem § 6 des Preßgesetzes. Von einem gegen einen Steindruckereibesitzer in Wurzgen gerichteten Flugblatt waren beim Druck wesentlich zwei Bogen zusammen in die Maschine gekommen, so daß ein Bogen nur einseitig bedruckt wurde. Deshalb fehlten auf dem Flugblatt neben der einen Seite natürlich auch die Namen des Druckers und des Verlegers. Dieses ist dem in dem Flugblatt angegriffenen Unternehmer in die Hände gefallen, der es der Staatsanwaltschaft übermittelte, die nunmehr Klage erhob gegen den Drucker und den Verleger des Flugblatts.

Zugzwangsverfahren gegen die Presse im Auslande sind, wie ein jetzt in Kristiana vorgekommener Fall zeigt, auch kein Ding der Unmöglichkeit. Dabei handelt es sich bei dem gegen die Zeitung „Sozialdemokraten“ in Kristiana geführten und bis zur Verurteilung zu 300 Kronen gebiethenen Zwangsverfahren um eine Bagatelle, um Schimpfworte eines Diktators gegen einen Soldaten.

Die Gründung eines gelben Beamtenvereins ist nun der Augsburger Maschinenfabrik auch noch glücklich. Da quält sich nun ein Tille im Schweiße seines Angesichts ab, bereitet mit seinen Exkorporationen in die Gesetze des Herrenrechts und der Sklaverei der Welt vernünftige Stunden, während der Maschinenfabrik Augsburg die Verwirklichung der „Theorien“ des Saartpfeffels im Handumdrehen glückt! Diese Vorgänge in Augsburg sind ein wahrer Hohn auf das freie Menschenrecht im 20. Jahrhundert.

Der deutsche Arbeitsmarkt weist im August in Rheinland-Westfalen und in Süddeutschland eine weitere Verschlechterung auf, während in den norddeutschen Industrieorten vielfach eine Besserung eingetreten ist. So ist in Berlin der Andrang am Arbeitsmarkte von 146,4 im Juli auf 133,3 im August zurückgegangen; er ist aber noch höher als im vorjährigen August. Auch in den schlesischen Industriezentren hat sich die herkömmliche Verlesung am Arbeitsmarkt im August vorbereitet: in Breslau ist der Andrang von 232,4 im Juli auf 213,6 im August zurückgegangen; 1907 betrug der Andrang allerdings nur 111,5. In Bielefeld trat sogar ein Mangel an Arbeitskräften ein; während sich im Juli noch 112,2 Arbeitssuchende auf je 100 offene Stellen meldeten, waren es im August nur noch 96,8. Auffallend ist der Rückgang in Götting, wo der Andrang von 106,3 auf 50,9 herabfiel. In Kiel und Flensburg trat ebenfalls eine Erleichterung des Arbeitsmarktes ein; in Kiel ging der Andrang von 192,0 auf 157,8 zurück. Besonders kräftig war der Rückgang in Hamburg, wo der Andrang der Arbeitslosen von 237,3 auf 193,0 sank. Im August 1907 hatte er jedoch nur 98,9 betragen. Ungünstig verändert hat sich der Arbeitsmarkt in Mülhausen i. T., wo der Andrang von 158,8 im Juli auf 311,1 im August hinaufging. Von den rheinisch-westfälischen Städten zeigen die meisten eine weitere erhebliche Verschlechterung. In Bielefeld z. B. stellte sich der Andrang im Juli auf 197,5, im August auf 232,0. Nicht ganz so erheblich war die Zunahme des Andrangs in Dortmund: 198,6 Arbeitssuchende auf 100 offene Stellen gegen 184,9 im Juli und 94,4 im August 1907. In Gerdorf blieb der Andrang gleich hoch, während er in Siegen, Essen, Barmen und Düsseldorf stieg. In Barmen ging er von 134 auf 193,5 hinauf. Die nicht unerhebliche Verschlechterung in Rheinland-Westfalen, der Hauptindustrialzone Deutschlands, eröffnet die ungünstigsten Aussichten für den Winter.

Zu unsren verschiedentlichen Mitteilungen über die industrielle Krise in England ist noch nachzutragen, daß nach offizieller Feststellung in 268 Tradeunions mit 648000 zahlenden Mitgliedern im August 5912 Mann oder 8,9 Proz. arbeitslos waren. Im August des vorigen Jahres waren jedoch nur 4 Proz. arbeitslos. Im August mußten sich ferner 159900 Arbeiter Lohnherabsetzungen gefallen lassen. Die Reduktion der ausgesetzten Wochenlöhne betrug im August 62000 Mk.

Die Reform der Arbeiterversicherung ist nach übereinstimmenden Meldungen fertiggestellt, wird den

Reichstag in seiner kommenden Tagung beschäftigen und soll mit der einen besonderen Bestandteil bildenden Witwen- und Waisenversicherung am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Über das, was man hauptsächlich unter dieser „Reform“ zu verstehen hat, ist in den letzten Nummern des „Korr.“ schon das Nötige gesagt worden. Die Witwen- und Waisenversicherung soll in erster Linie auf dem über den Durchschnitt der alten Agrarzölle in der Zeit von 1895—1902 sich ergebenden Ertrag des neuen Zollertrags aufbauen. So bestimmt es ein Zentrumsantrag, dem beinahe einstimmig vom Reichstage Folge gegeben wurde, um den Wuchertarif vor sechs Jahren durchzubringen. Im Laufe der Jahre ist es recht still geworden über die Witwen- und Waisenversicherung von Reichs wegen. Da aber das Jahr 1910 als Einführungs-jahr festgelegt war, wurde in der letzten Zeit dieses Kapitels hier und da angeknüpft. Und da zeigte es sich denn, daß gerade in den führenden agrarischen Organen wenig Bereitwilligkeit bestand, die damaligen Verheißungen zu erfüllen. Die Finanznot des Reichs mußte erhalten, um die Witwen- und Waisenversicherung auf die lange Bank zu schieben. Also die Nutznießer des Zollertrags — und das sind die Agrarier im weitesten Maße — machten den Versuch, sich von gegebenen Versicherungen zu drücken. Das gilt freilich diesen uneigennütigen Patrioten vollständig gleich. Hier mußte jedoch die Reichsregierung einmal den Agrariern die Gefolgschaft verjagen. Deshalb jetzt die Mitteilung von der Fertigstellung auch dieses Gesetzentwurfs, über den bei Bekanntwerden auch der „Korr.“ seine Meinung äußern wird.

Das neue Steuerbuckett, wiederum das ominöse Sticket „Reichsfinanzreform“ tragend, ist nunmehr dem Bundesrat überreicht worden, wobei Wilow die Notwendigkeit der Neuordnung der Reichsfinanzen nachdrücklich betonte und von seiten der leitenden Minister der Bundesstaaten die Versicherung bereitwilliger Mitarbeit erhielt. Der neue Reichsstaatssekretär, der die neuen Steuervorlagen verantwortlich zeichnet, empfängt jeden Tag die Führer des Blocks parteiweise, womit das in parlamentarischen Leben als Kuhhandel so bekannte Geschäft begonnen hat. Ohne heute ausführlich darauf einzugehen, was dem deutschen Volk alles an neuen Lasten zugebracht ist, sei nur erwähnt, daß eine Inzertensteuer diesmal alle Wahrscheinlichkeit für sich hat. Man will zwar das Inzertat des kleinen Mannes nicht treffen, das Buchdruck- und Zeitungs-gewerbe wird aber trotzdem noch schwer genug benachteiligt werden durch eine Besteuerung der Reklameanzeigen. Die Regierungen der thüringischen Staaten haben bereits Erhebungen veranstaltet über die in ihrem Gebiet erscheinenden Zeitungen; es ist also fast jeder Zweifel an der Inzertensteuer ausgeschlossen. Selbstverständlich wird auch die Gehilfenschaft gegen eine solche Steuer ihre Stimme erheben. Von den „Inzertat“-Vorschlägen stößt die Gas- und Elektrizitätssteuer auf den größten Widerspruch. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ein außerordentlicher Städtetag einberufen werden wird zum Proteste gegen die neue Macht der Finanziers.

In der Paragon-Fabrikfabrik in Weissenfeld sind, wie uns ein Telegramm meldet, alle organisierten Arbeiter des Betriebes, darunter also auch die dort beschäftigten Buchdrucker, entlassen worden, was bei Stellenangeboten zu beachten ist. — In Eisenach streifen die Steinleger, weil die Unternehmer tarifmäßig wurden. — Die Zigarrenarbeiter in Neuenhufen (Kreis Wittenhausen) befinden sich im Auslande. — In Zuffenhausen (Württemberg) eröffneten die Erdarbeiter den Streik. — Die Berliner Rohrleger und Helfer hoben infolge des Werrats der Wiesenthaler, mit denen die übrigen Gewerkschaftsrichtungen zusammengehen, ihren Streik auf. — Die Handschuhmacher in Vernaun haben nach siebenwöchigem Auslande vollen Erfolg erzielt. — Die Laster in Freiberg i. Br. erangen mit ihrem Auslande einen annehmbaren Tarif, der die meisten der gestellten Forderungen erfüllt. — In Garnisch-Partenkirchen ist es nach einem Auslande von 14 Wochen den Eisgläsern gelungen, einen akzeptablen Tarif durchzubringen. — Die Plattenleger in Württemberg und Hohenzollern sind nach endlosen, 15 Monate währenden, durch Auslande unterbrochenen Verhandlungen zu einem Tarifabschlusse gekommen.

In Petralia Gotanna, unweit Palermo, ist die Streikluft auch über die Geistlichen gekommen. Sämtliche Seelenhirten dieses Orts enthalten sich nämlich aller kirchlichen Handlungen wegen der Verzögerung der Übergabe der freigewordenen Benefizien und Pfründen an den neuernannten Erzpriester. Aus diesem Grunde konnte auch das Kirchweihfest nicht stattfinden. — Auf den orientalischen Bahnen ist es zu einem Generalstreik der Angestellten gekommen. Die Drohung, den Betrieb in eigne Hand zu nehmen, haben sie, wie vorausgesetzt gewesen, nicht wahr gemacht. — In Konstantinopel befinden sich die Straßenbahner im Auslande. — In Helsingfors ist 4000 Metallarbeiter in 20 Fabriken zum 1. Oktober gelündigt worden. Ursache: Lohnforderungen.

Briefkasten.

R. L. in Rütten: Wieb um diese Zeit schon einmal passen. Im übrigen besten Dank; alles im Lote. — Fr. G. in Königsdorf: Dank und Gruß! — C. F. in Sonneberg: Es ist ja ein sehr lobenswerter, daß Sie den hinderlichen Dunst im „Typograph“ über Sonneberg zerstreuen wollen, aber Sie müssen sich eben daran gewöhnen, daß im Organ des Bundes aus prinzipiellen Gründen die Wahrheit verdreht werden muß, wo bliebe denn sonst jene gelbe Gewerkschaft? Es ist schade für

den Raum, den Sie jenen Leuten gegenüber beanspruchen. Überlassen Sie uns die gelegentliche Kennzeichnung hündlerischer Praxen. — F. II. in Berlin: Der Gutenbergsbund läßt auch heute noch Mitglieder ruhig bei der Firma Schmidt in Gelmstedt, die vor einigen Monaten aus dem Tarifverzeichnisse gestrichen wurde, zu untarifizierten Arbeitsbedingungen arbeiten. „Man“ erklärte wohl im „Typograph“, die Zeitung des Gutenbergsbundes wisse schon, was sie in diesem Falle zu tun habe; wenn Sie das aber so auffassen, daß die dortigen Hündler die Konsequenzen ziehen würden, dann ist das eine unentschuldigbar gute Meinung vom Bunde. Nein, mit ausdrücklicher Genehmigung der Bundesleitung wird dort weiter geschuftet. Deshalb aber tariffrei bis auf die Knochen und in Riffen ausgedrückt: „mindestens zu 94 Proz.“ — P. Kr. in Wittenberge: Die Nummern mit diesem Artikel waren schon damals viel verlangt und daher auch bald vergriffen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 19, I. Fernsprechanst. VI, 11191.

Zur dringenden Beachtung!

Die infolge der wirtschaftlichen Krise auch im Buchdruckgewerbe sich fühlbar machende Arbeitslosigkeit hat zur Folge, daß in einzelnen Großdruckstädten, speziell in Berlin, eine unverhältnismäßig große Anzahl beschäftigungsloser Kollegen dauernd vorhanden ist. Trotzdem machen wir die Beobachtung, daß in vielen Fällen die Mitglieder an anderen Orten ihre Kondition freiwillig aufgeben und solche in Berlin annehmen. Abgesehen davon, daß dem Verbands doppelte Umzugskosten dadurch entstehen, da auch die verlassene Kondition wieder besetzt werden muß, gestaltet sich das Verhältnis in den größeren Druckstädten dadurch fortgesetzt ungünstiger. Es liegt dem Vorstande fern, die Freizügigkeit beseitigen zu wollen; es darf aber so viel Verständnis für die augenblickliche Situation und die Interessen des Verbandes bei den Mitgliedern vorausgesetzt werden, daß sie ohne zwingende Gründe eine freiwillige Aufgabe ihrer Kondition vermeiden und nicht dazu beitragen, vielleicht in

kurzer Zeit das Heer der Arbeitslosen am neuen Konditionsorte zu vermehren.

Ein weiterer Mibstand macht sich dadurch fühlbar, daß seitens der Segmaschinentfabriken eine den tatsächlichen Bedarf weit übersteigende Anzahl von Maschinengehern ausgebildet wird. Durch diesen starken Andrang zur Segmaschine werden die Firmen, welche Segmaschinen anschaffen, der Verpflichtung überhoben, den für die Maschine bestimmten Gehilfen auf ihre Kosten anzulernen. Für die an der Maschine in der kurzen Lehrzeit nur mangelhaft ausgebildeten Kollegen ergibt sich die wenig verlockende Aussicht, da eine Kondition als Maschinengeher schwer zu finden ist, die Beschäftigung an der Maschine nicht fortsetzen und sich vollständig ausbilden zu können, die Opfer also umsonst gebracht zu haben. Wir halten uns verpflichtet, die Kollegen auf diese Verhältnisse hinzuweisen, um sie vor Schaben zu bewahren. Berlin, den 17. September 1908.

Der Vorstandsvorstand.

Erzgebirge-Bohland. Die Adresse des Gaukassierers lautet ab 26. September: Feldstraße 35. Des Umzugs wegen bitten wir Freitag, den 25., und Sonnabend, den 26. September, Sendungen möglichst zurückzuhalten.

Schlesien. Die Gavourstandsversammlung findet in der Woche vom 21.—26. September statt. Die Verwendung der Stimmzettel erfolgt durch die Bezirks- resp. Ortsvorstände und sind bis zum 30. September an die Geschäftsstelle des Breslauer Buchdruckerhilfsvereins, Kupfer- schmidestraße 7, II, einzuliefern. Die Auszählung findet am 1. Oktober, abends 7 Uhr, in obiger Geschäftsstelle ab.

Kreuznach. Der Bruder Feuertert wird, um Erlebigung einer wichtigen Sache, gebeten, seine Adresse unverzüglich an den Kassierer Karl Schmidt, Karlsstraße 78, einzuliefern.

Adressenveränderungen.

Bezirk Bielefeld. Vorsitzender: Otto Mirow, Johannisstraße 2, II; Kassierer: Aug. Holz, Altmühlstraße 68, I.

Mugsburg. Kassierer: Phil. Schmidt, Morellstr. 19, I, I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Burg a. Fehmarn der Seher Paul Fiech, geb. in Bernstadt (Schlesien) 1888, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüiter in Kiel, Schauenburger Straße 34, p.

In Dresden der Drucker Ernst Foppert, geb. in Thierfeld bei Gartenstein 1887, ausgel. in Eintracht bei Chemnitz 1905; war schon Mitglied. — P. Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7, I.

In Grünberg i. Schl. der Seher Heinrich Veier, geb. in Löwenberg i. Schl. 1890, ausgel. in Ziegenhals (D.-Schl.) 1908. — Oskar Diez in Bologau, Kleine Odestraße 15, III.

In Laufzig der Seher Albin Ebert, geb. in Arnstadt 1885, ausgel. das. 1904; war schon Mitglied. — C. W. Stoy in Chemnitz, Inalienstraße 41, II.

In Döberitz der Maschinengeher Willi Benjebel, geb. in Zerbst 1889, ausgel. in Schönbeck 1907; war noch nicht Mitglied. — In Osterwieck die Seher L. Wulf, Bruns, geb. in Osterwieck 1889, ausgel. das. 1908; 2. Otto Klingenberg, geb. in Osterwieck 1890, ausgel. das. 1908; 3. August Bröhle, geb. in Osterwieck 1890, ausgel. das. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — Heinrich Krufe in Halberstadt, Hinter der Minge 17.

Arbeitslosenunterstützung.

Görlitz. Die Herren Funktionäre werden um Mitteilung der Adressen folgender Kollegen, die noch Verbindlichkeiten an die hiesige Kasse haben, gebeten: Fritz Preuß aus Königsberg (661 Ostpreußen), Heinrich Schmidt aus Pegnitz (2833 An der Saale) und Willi Ulrich aus Berlin (3663 Berlin).

Hilburghausen. Der Verleger für Durchreisende befindet sich in der Gemerfachsbergstraße zu Hilburghausen-Neumallrads, Gasthaus „Zur Jägersruh“. „Norr.“ liegt auf.

Verammlungskalender.

Berlin. Maschinenmeistersversammlung Dienstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, in den „Industriefestläden“, Reuthstraße 20.

Großsch.-Pogau. Versammlung Sonnabend, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Otto Köhler, Großsch.

Kottbus. Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in Forst. Beiträge hierzu sind bis spätestens den 4. Oktober an den Bezirksvorsitzer H. Bed, Schwannstraße 1, II, einzuliefern.

Züchtiger Galvanoplastiker

im Prägen, Abdecken und Nichten bewandert, für meine Abteilung Galvanotypie gesucht. Dauernde Stellung bei gutem Gehalt. Eintritt event. sofort. Werte Offerten nebst Ansprüchen erbeten an

Karl Werner, Mailand. [745]

Buchdruckerei mit Blatt
in Baden (Klimate Kurort) zu verkaufen resp. zu verpachten. Sehr gute Emission. Werte Off. unter Nr. 768 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Zwangsvorsteigerung!
Donnerstag, den 21. September, nachmitt. 4 Uhr, versteigere ich im Pfandlokal, Allee Nr. 11, eine kleine Buchdruckerei bestehend aus einer Postkompose, 25:36, einem großen und kleinen Schriftsäulenregal, Kartonschere, Schrift- und Insektenkasten usw., meistbietend gegen Barzahlung. [769] Rathsberg, Gerichtsvollzieher in Cottin.

Tüchtigen Fachmann als Teilhaber sucht Maschinenbauerei in Leipzig. Werte Off. unter Nr. 764 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Tüchtige Vertreter
für die Preise und am Orte von Fachgeschäft gesucht. Werte Offerten unter A. 766 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Maschinenmeister
militärfrei, für Akzidenzen, gewandt und sicher im Drucke von Platten, zu sofortigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht. Angabe des Alters, der Gehaltsansprüche und der seitherigen Stellen erwünscht. Tarifliche Bedingungen. [748] Buchdrucker Otto Bachmann, Sauglau (Württ.).

Monotypegießer
mit längerer Praxis in dauernde Stellung gesucht. Werte Offerten mit Angaben über bisherige Tätigkeit und Gehaltsansprüche erb. an Deutsche Buch- und Kunstdruckerei Sellen (Wart). [766]

Tüchtige Galvanoplastiker
per sofort gesucht. [696] Karl Hind jr., Bielefeld.

Stereotypiepapiere
in all. Formaten, Filopapiere, Auslegungspapier, Trocken- und Kalanderzelle, Matzinpulver 40 Pf., Benzinpulver 60 Pf., Metallreinigunspulver 1,50 Mk., Klopfbürsten. H. Adressen & Sohn, Hamburg.

Galvanoplastiker
und Stereotypen, erste Kraft zum sofortigen Eintritt gesucht. Werte Offerten erbeten an F. Henning & S. Wilm, 761 Hamburg, Alter Steinweg 66/67.

Tüchtige Stempelschneider und Zeuggreber
sind in jetzt oder später dauernde u. angenehme Stellung bei hohem Lohne. [631] S. Georgi, Offenbach a. M.

Korrektor, 44 J. alt, verb., 8 1/2 J. hier tätig gem., vordem 6 J. als Zeitungssetzer und im Werk, auch als Abzählungsleiter im selben Geschäft, sucht dauernde Stellung. Eintritt sofort. Werte Off. erbeten an H. Pommerand, Landsberg (Wart), Feldstraße 1a. [762]

Tüchtiger Illustrationsdrucker
mit guter Maschinenkenntnis wünscht in Süddeutschland, Österreich oder der Schweiz angenehme, dauernde Kondition. Werte Offerten unter F. 28 hauptpostl. Mannheim erbeten. [765]

Schriftgießereifaktor
umsichtig und zuverlässig, auf der Höhe der Zeit stehend, mit sämtlichen Maschinen der Branche vertraut in Stereotypie und Galvanoplastik erfahren, sucht passende Stellung. Prima-Referenzen und Zeugnisse. Werte Offerten unter Nr. 760 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Buchdrucker-Wappen-Nadeln.

Vergoldet	Mark 0,50
Pariser Gold	0,75
800 ff. Silber	1,00
Dieselbe, schwarz oxydiert	1,00
1 1/2-kar. Gold-Doppel	1,50
Dieselbe, mit Wappen in Topasstein	2,50

Graph. Verlagsanstalt P. Goldschmidt [763] Halle a. S. Graphischer Anzeiger gratis u. franko.

Uhren auf Teilzahlung

Hunderttausende Kunden. Tausende beglückte Abonnenten.

Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.

Jonass & Co., Berlin SW. 247. Belle-Alliance-Strasse 3.

Musikwaren und Sprechmaschinen auf Teilzahlung

Hunderttausende Kunden. Tausende beglückte Abonnenten.

Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.

Jonass & Co., Berlin SW. 247. Belle-Alliance-Strasse 3.

Fachgeschäft f. d. graph. Gewerbe

H. MATHAEUS

Stuttgart-Gablenberg

Empfehlen den Kollegen sämtl. Fachartikel und Schmucksachen zu billigen Preisen. Katalog gratis u. franko.

Graphischer Anzeiger Halle a. S.

Zusendung gratis-franco.

Enthält stets Neuheiten in Farben-Wappen u. technischen Artikeln. — Fach-Literatur.

Am 15. Sept. verschied im hiesigen Krankenhaus der auf der Reise befindliche Kollege

Konrad Wenzel

aus Kosten bei Teplitz im Alter von 22 Jahren an der Bekranktheit. Leicht sei ihm die Erde!

Ortsverein Plauen. [767]

Der graphische Arbeitsmarkt

wird bereits fünf Stunden nach Aufgabe der Anzeiger Montags und Donnerstags an alle Postämter des deutschen Reichs versandt, von denen [217]

Arbeitsuchende

diese Sonderausgabe zum Preise von 9 Pf. pro Monat beziehen können.

„Buchdrucker-Woche“ Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel)

Kohlgartenstrasse 43

liefert franco

Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Deutsches Buchdrucker-Liederbuch, Herausgegeben von Will Krahl (65 Mitarbeiter). Allgemeine Lieder, Prologe und Festgedichte zu allen festlichen Veranstaltungen und Anlässen, nebst einem Verzeichnisse der gesungenen Buchdruckerliteratur. 2. Auflage, 204 Seiten; Preis 1,25 Mk.

Anhang zum Tarife

von Konrad Gehler.

Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Böhm, Leipzig, Salomonstraße 5, entgegen.